Volkswacht

für Schlesien · Organ für die werktätige Bevölkerung

Die „Volkswacht" erscheint wöchentlich 6mal mit den wöchentlichen Beilagen: „Unterhaltung", „Rundfunk", „Sozialistische Literatur-Rundschau", „Für die Frauen", „Arbeiter-Sportbewegung" und der monatlichen Beilage „Junge Kämpfer" und ist durch die Haupt-Expedition Flurstraße 4/6, durch die Buchhandlung der „Volkswacht", Neue Graupenstraße 5; Matthiasstraße 100, sowie durch alle Austräger zu beziehen. — Bezugspreis im voraus zu entrichten wöchentlich 0.37 Rmk. + 8 Pf. Trägerlohn = 0.45 Rmk., monatlich 1.55 Rmk. + 35 Pf. Trägerlohn = 1.90 Rmk. Durch die Post einschließlich Zustellungsgebühren 2.26 Rmk.

Anzeigenpreis: Je Millimeter für geschäftliche Anzeigen aus Schlesien 14 Pf. auswärts 17 Pf. Anzeigen unter Text 70 Pf. Familienanzeigen, Stellenangebote, Stellengesuche, Vereins-, Versammlungs- und Wohnungs-Anzeigen 10 Pf. Kleine Anzeigen pro Wort 3 Pf., das fette Wort 4 Pf. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis vormittags 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition Flurstraße 4/6 oder in den Zweigstellen abgegeben werden. — Fernsprech-Anschluß: Geschäftsstelle Nr. 217 37 und 217 39. Redaktion Nr. 217 38. Postscheckkonto: Breslau 5852. Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Filiale Breslau.

Einzelnummer 10 Pf. — Verlagsort und Hauptgeschäftsstelle Breslau 2 — Unverlangt eingesandte Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Rückporto beiliegt — Einzelnummer 10 Pf.

43. Jahrgang — **Dienstag, den 12. April 1932** — **Nr. 85**

Landesverrat der Nazis

Hitler will die Ostgrenze preisgeben

Erklärung Hitlers in Lauenburg — Otto Braun brandmarkt das auf einer Riesenkundgebung der SPD. Preußenregierung besitzt Dokumente, die diesen Verrat Hitlers beweisen

Die Sozialdemokratische Partei veranstaltete am Montag abend in Berlin, in dem größten Saale der Reichshauptstadt, eine Massenkundgebung mit dem preußischen Ministerpräsidenten Otto Braun und dem Vorsitzenden der Sozialdemokratischen Partei, Otto Wels, als Redner. Der Beginn der Kundgebung war um 8 Uhr angesetzt, aber **bereits um 5 Uhr setzte der Zustrom der Massen ein und um 7 Uhr mußte der Zutritt polizeilich gesperrt werden.**

Im Verlauf der Veranstaltung klagte der preußische Ministerpräsident die Nationalsozialistische Partei an.

Hitler hat kürzlich in Lauenburg erklärt, daß er seine Kämpfer nicht für das System opfern wolle und die ostpreußische Grenze selbst gegen Polen und die Randstaaten erst dann schützen werde, wenn die Träger des gegenwärtigen Systems beseitigt wären.

Was wäre denn, so fragte Otto Braun, aus Deutschland geworden, wenn die sozialdemokratischen Arbeiter im August 1914 nach Hitlers Rezept gehandelt hätten? Aus 18 000 Kehlen brach ein Schrei aus, ein Schrei der Wut, ein Schrei der Empörung und Verachtung. Der „Vorwärts" stellt heute fest, daß vor 18 Jahren die sozialdemokratischen Arbeiter die Knarre auf den Rücken genommen und ohne Murren ihre Pflicht getan haben. Dabei seien wohl auch viele gewesen, die heute an das freche Wort des unverschämten Burschen Goebbels gedacht hatten, an das Wort von der „Partei der Deserteure".

Wörtlich schreibt der „Vorwärts": **„Hitler hat in seiner Dummheit aus der Schule geplaudert. Er hätte vielleicht versuchen können, die Dokumente der Vorbereitung zum Kriegsverrat, die sich in Händen der Regierung befinden, zu verleugnen und abzuschütteln. Er hat sich mit diesen Dokumenten und ihren Verfassern solidarisiert. Er hat sich öffentlich zu der Absicht bekannt, im Falle einer kriegerischen Verwicklung im Osten seine Privattruppen von der Grenze weg nach der Heimat zurückzukommandieren, um „die Träger des Systems zu beseitigen".**

Was aber ergibt sich aus alledem?

Im Besitze der Regierung befinden sich Dokumente, aus denen hervorgeht, daß die Nationalsozialisten einen etwaigen Angriff auf die deutschen Grenzen als Gelegenheit zu einem Putsch benutzen wollen. Diese Dokumente sind echt, denn Hitler selbst hat sich zu ihnen und ihren Absichten öffentlich bekannt.

Versteht man jetzt, warum Brüning in Hamburg sagte, nach dem Bekanntwerden dieser Dokumente werde man das Wort „national" im Namen der „Nationalsozialisten" nur noch mit Gänsefüßchen schreiben.

Das Strafgesetz des Deutschen Reiches bedroht in den §§ 89 und 90 Handlungen, wie die beabsichtigten, mit lebenslänglichem Zuchthaus. Ob die geistige Vorbereitung auf sie bestraft werden kann, ist allerdings eine andere Frage. Uebrigens kommt es in diesem Augenblick weniger auf die juristische Bedeutung dieses ganz ungeheuerlichen Vorganges an als auf seine politische. **Die öffentliche Debatte darüber ist eröffnet, ob es einer Partei in Deutschland erlaubt ist, für den Fall einer feindlichen Invasion zur Preisgabe der Landesverteidigung und zur Erregung eines Aufstandes im Innern aufzufordern.**

Die öffentliche Debatte darüber ist eröffnet, ob eine Partei, die sich durch ihren Führer zu solchen Absichten bekennt, noch den Anspruch erheben darf, sich eine deutsche Partei und „national" zu nennen.

Die Debatte ist eröffnet. Der Versuch, sie durch eine Verschwörung des Schweigens abzuwürgen, wird mißlingen. **Es wird der sogenannten „nationalen" Presse nicht mehr gestattet sein, alles zu verschweigen, was zu Ungunsten ihrer nationalsozialistischen Schützlinge spricht.**

Jeder nationalsozialistische, jeder deutschnationale, jeder volksparteiliche Führer hat jetzt die Pflicht, sich zu dem zu äußern, was Hitler aus dem Inhalt der beschlagnahmten Dokumente bekanntgegeben und verteidigt hat.

Aber mögen die „nationalen" Herrschaften sich drehen und wenden wie sie wollen, Volk und Geschichte werden ihr unbestechliches Urteil fällen und dieses Urteil lautet:

„Die Nationalsozialistische Arbeiterpartei Deutschlands, die Partei der lautesten nationalen Phrase, die Partei der rücksichtslosesten Hetze gegen alle deutschen Politiker, die ehrlich im deutschen Volke dienen, diese Nationalsozialistische Arbeiterpartei Deutschlands findet ein unrühmliches Ende, als die entlarvte und geständige Partei des offenen Landesverrats."

* * *

Otto Braun stellte zu Beginn seiner Rede fest, daß Hitler in Köln an die Adresse des Reichspräsidenten von Hindenburg die Worte gerichtet habe, daß der würdige alte Mann beiseite treten müsse, damit er, Hitler, die vernichten könne, die hinter Hindenburg stehen. Erinnert nicht die hochmütige, so sagte Otto Braun, etwas leutselige Herablassung mit der Hitler vom Reichspräsidenten spreche, an einen anderen Mann der deutschen Geschichte, an den Kaiser, der verkündet habe: „Wer sich mir entgegenstellt, den zerschmettere ich!" (Große Heiterkeit.) Trotzdem sei Hitler geschlagen worden. Er habe erklärt, daß er zehn Jahre lang weiterkämpfen werde. Das habe er jedenfalls wie viele andere von Moskau gelernt. Als vorsichtiger Mann habe er nicht einen Fünfjahresplan, sondern gleich einen Zehnjahresplan gemacht. (Lebhafte Heiterkeit.) Aber ob die in seiner Bewegung befindlichen Stellenjäger so lange warten würden und die Geldquellen zehn Jahre lang weiter fließen würden, sei eine andere Frage.

Trotz der viel zu hohen Hitlerziffern wurde durch die Reichspräsidentenwahl offenbar, daß sich die Schlammfluten des Hitlerismus an der Eisernen Front gebrochen haben. Am 13. März fiel der erste Schlag, am 10. April der zweite, und

am 24. April muß der dritte Schlag folgen.

Hat man sich früher in der Harzburger Front nicht über den Parademarsch einigen können. Jetzt zog man zur Präsidentenwahl aus in zwei verschiedenen Heerlagern, um getrennt zu marschieren und vereint geschlagen zu werden.

Dem Stahlhelm ist die Lust vergangen. Wenn er mit Hugenberg, dem glorreichen Organisator politischer Niederlagen zusammen den Preußenkampf durchgemacht haben wird, will er sich aus der Tagespolitik zurückziehen. Hugenberg, der ehemalige preußische Beamte, hat den Geschmack gefunden, in Nürnberg von einer Art Saupreußentum zu sprechen, dessen wichtigste Bestandteile Schmarotzerei und Korruption sei (Pfuirufe.) Hat er dabei an die ihm nahestehende Landbank gedacht, **die den Konkursantrag in der Schublade hatte, als sie den preußischen Staat noch um eine neue Anleihe anging.** Dachte er an den Skandal der Raiffeisen-Gesellschaft, die von deutschnationalen Parlamentariern geleitet war und **zum Schaden von tausenden von Genossenschaftlern mit 76 Millionen insolvent wurde?** Damals sprang der viel geschmähte preußische Staat nicht wegen dieses desorganisierten Beamtenapparates der Gesellschaft, sondern wegen der betrogenen Genossenschaftler ein. Dachte Hugenberg an den

Landbund-Konzern, der aller Not kleiner Bauern zum Trotz 7 Millionen für parteipolitische Zwecke widerrechtlich ausgab.

Dachte er weiter vielleicht an den deutschnationalen evangelischen Depaheim-Skandal, **durch den 20 000 Bausparer betrogen wurden.** Meinte er vielleicht die Affäre Lahusen, die angeblich marxistische Preußenregierung ist gekommen und hat geholfen, nicht um der Betrüger, sondern um der Sparer willen. **Hier handelt es sich um die ekligsten Sumpfblüten des kapitalistischen Systems,** und wenn solche Dinge, die früher unterdrückt wurden, heute bekannt werden, so verdanken wir das der Demokratie.

Deshalb verfolgt man uns mit giftigstem Haß. Wir beseitigten die Gesindeordnung und wir gaben dem Landarbeiter das Koalitionsrecht. Wir schufen das neue Beamtenrecht, das den Beamten freie politische Betätigung bewilligte. Freilich darf kein Staat dulden, sich von seinen eigenen Beamten beschimpfen zu lassen. (Anhaltende Zustimmung.) Wollen wir aufbauen, dann müssen wir mit der Selbstzerfleischung aufhören und mit dem Nazispuk aufräumen. (Stürmischer Beifall.) In gewissen Stellen der Reichsverwaltung scheint man mir hier etwas zu tolerant zu sein. **Reich und Preußen müssen zusammengehen, um Hitlers Privatarmee so schnell wie möglich verschwinden zu lassen. Das beschlagnahmte Material beweist den Hochverrat und zeugt auch für den Landesverrat.**

Hitler hat sich öffentlich zu der Absicht bekannt, im Fall einer kriegerischen Verwicklung seine Kämpfer von der Grenze zurückzuziehen.

Diese Feststellung rief ungeheure Bewegung hervor.

Die Nazi-Bewegung ist auf Lüge und Betrug aufgebaut. Man müßte an der Menschheit verzweifeln, wenn diese Epidemie der Hitleritis nicht bezwungen würde. Die Angehörigen der Arbeiterklasse haben vieles an Gut und Blut verloren, aber nicht den Verstand. Das wird den Sieg der Sozialdemokratie ermöglichen. **Auf zum Kampf für das demokratische Preußen, für den Sozialismus.** (Landanhaltender stürmischer Beifall und Hochrufe.)

Otto Wels stellte fest, daß die Kommunisten zu erheblichem Teil der Parole des Exkronprinzen gefolgt seien, indem sie für Hitler gestimmt hätten. (Minutenlange stürmische Pfui-Rufe.)

Wie die SA.-Führer prassen

Der Berliner SA.-Führer Graf Helldorf, der Held vom Kurfürstendamm, hat **durch größenwahnsinnige Verschwendung sein väterliches Erbe vergeudet.**

Bei der Taufe seines Sohnes kostete das bei dem Traiteur Tannenberg bestellte Festmahl nicht weniger als 5000 Mark. Das sind die Leute, die beim notleidenden Mittelstand auf Dummenfang ausgehen. **In Wahrheit ist das Volk für den Nationalsozialismus nur Schwein und Kanaille und Gegenstand der Verachtung und Beschimpfung.** Die Ludendorff, die Hugenberg und Dingeldey werden sich vergeblich bemühen, ihre Anhänger aus der Nationalsozialistischen Partei wieder herauszuholen. **Auf zum Kampf! Am 24. April müssen die Fahnen der Republik im Winde wehen und die Totenglocken des Faschismus läuten.** (Stürmischer Beifall.)

Bauernrebellen gegen Hugenberg

Hugenbergs Zinswucher und seine Geldquellen

Daß durch die Machenschaften der Roggen-Rentenbank unter Hugenbergs Einfluß mancher Landwirt in schwere Bedrängnis gebracht worden ist, war schon seit langem bekannt. Wie sehr durch dieses Geldinstitut und die von ihm ausgegebenen Roggen-Pfandbriefe die Bauern geschädigt worden sind, beweist am besten ein Schreiben, daß der Landwirt Karl Böker in Fabbenstedt, Kreis Lübbecke i. W., unter dem 19. März dieses Jahres an die Parteileitung der SPD. in Minden i. W. richtete. Herr Böker teilt dort eine Rede mit, die er als Erwiderung auf eine Versammlungsrede des Reichstagsabgeordneten Stubbendorf von der Deutschnationalen Volkspartei am 9. März 1931 im Saale des Gastwirts Spreen zu Fiestel im Kreise Lübbecke gehalten hat. Herr Böker führte dort folgendes aus:

„Ich lese in einer deutschnationalen Werbeschrift unter „Guckkasten" folgendes:

Jüngst wehte uns der Zufall eine Werbeschrift der Rheinisch-Westfälischen Bodenkreditbank auf den Tisch. Mitunter ist es nicht uninteressant, ja sogar amüsant, die Namen der Leute zur Augen zu bekommen, die in den Aufsichtsräten solcher Kreditinstitute sitzen. Bei „Rheinboden" fanden wir im Aufsichtsratsverzeichnis unter anderem die nachbenannten Finanz- und anderen Größen aufgeführt: Dr. h. c. Louis Hagen (früher Levy), Sigmund Bodenheimer, Herbert M. Guthmann, Kurt Hirschlands, Seligmann und Graf Gerhard von Kanitz, Landwirtschafts- Seligmann und Graf Gerhard von Kanitz, Landwirtschaftsminister a. D. Ist es nicht ein wahrer Trost, daraus entnehmen zu dürfen, daß ehemalige Reichsernährungs- und Landwirtschaftsminister wegen ihres Fortkommens im Ruhestande nicht in Sorge zu sein brauchen? Und zudem: Muß man sich unter Aufsichtsratskollegen von der allerhöchsten Plutokratie nicht vorkommen, wie im gelobten Land?

Dazu möchte ich fragen, wer denn alles in der Hugenbergschen Roggen-Rentenbank, dem „Bauernschlachthaus", sitzt. Ich bin in der Lage, hierzu mit einigen Zahlen zu dienen.

Ein guter Bekannter von mir hatte mit Ausgang der Inflation ein Kinderlegat zu bereinigen und nimmt zu dem Zweck, da anderes Geld damals nicht zu erlangen war, eine

Roggenpfandbriefschuld auf und erhält darauf nach Abzug von 150 Mark für Spesen und Verwaltungsgebühren eine Summe von 3750 Mark ausbezahlt. Diese 3750 Mark hat mein Freund 8 Jahre lang mit 800 und zu Zeiten mit über 900 Mark pro Jahr verzinst.

(Das sind über 20 bzw. fast 25 Prozent Zinsen. Anm. d. Red.)

Die Zinsensummen waren, wie mir mein Freund vorgelegt hat, sehr verschieden und richteten sich nach den jeweiligen Marktnotierungen an der Berliner Börse für märkischen Roggen.

Die erhaltene Barsumme war also in den 6 Jahren mit dem anderthalbfachen Satze überzahlt.

Nach 6 Jahren ist der Roggenkredit dann von meinem Freunde abgelöst worden,

und hatte derselbe dann noch eine Ablösungsschuld von 9500 Mark zu zahlen.

Zufällig fiel der Zeitpunkt der Ablösung noch in eine günstige Preisspanne. Das ist also, sage und schreibe, meine verehrten Berufskollegen,

eine Aufbringung von 14 500 Mark für erhaltene 3750 Mark in bar.

Dazu kommen noch Eintragungs- und Löschungsgebühren, so daß mit sonstigen Gebühren und Abgaben die runde Summe von 15 000 Mark herausschlägt, und das für erhaltene 3750 Mark. Es wird mir zugegeben werden müssen, daß das ein feines Geschäft ist, für den, der es zu machen versteht. Auf einer größeren deutschnationalen Versammlung am 5. Januar 1929 in Herford ist der Herr Geheimrat Dr. Hugenberg zum Punkt Roggen-Rentenbank zu einer Erklärung veranlaßt worden. Herr Hugenberg hat in Herford erklärt: **Ich selbst bin Mitbegründer der Roggen-Rentenbank gewesen und als solcher Vorsitzender im Aufsichtsrat.** Im Anfang hat sich die Bank ja auch segensreich ausgewirkt für den, der den Roggenkredit frühzeitig genug wieder zurückzahlte. Ich selbst habe einen Roggenkredit in Anspruch genommen. Später bin ich aus der Leitung der Roggen-Rentenbank ausgetreten und habe jetzt keinen Einfluß mehr.

Diese Ausführungen sind allerdings nur zu wahr. Herr Hugenberg wurde Vorsitzender des Aufsichtsrates, weil er eben die meisten Aktien in seiner Hand vereinigte. Die erste Serie der Roggen-Pfandbriefe ist, wie ich feststellen konnte, zu einem Börsenkurse von 8,50 Mark herausgegeben; von diesen wird Herr Hugenberg auch wohl den Kredit auf sein Gut Rohbraken bei Rinteln gehabt haben. Uebrigens werden diese auch wohl vorwiegend unter den Prominenten geblieben sein. Ich habe jedenfalls nichts davon gehört, daß ein Stück davon an Bauern gelangt ist. **Durch ein Börsenmanöver wurde dann der Kurs auf 3 Mark auch bis unter 2 Mark heruntergedrückt, und nun trat auch wohl der von Hugenberg erwähnte segensreiche Moment ein, in dem die Herrschaften wohl ihr eigenes Aktiengeld, das sie zum Roggenzentnerpreis von 8,50 Mark aus ihrer Bank entnommen hatten, zum Zentnerpreis von 3 bzw. 2 Mark wieder zurückzahlten. Eine wunderbare Sache!**

Und nun erst war der Boden für die dummen Bauern reif. Es wurden nun bezahlte Agenten auf die Bauern losgelassen, einer von diesen Ehrenmännern war ja der bekannte Lehrer Dröge, früher Rhaden-Kleinendorf. Außerdem wurde auch, wie mir berichtet wurde, von deutschnationaler landwirtschaftlicher Führerseite diese Geldbeschaffung warm empfohlen. Auf Grund einer breiten Massenbearbeitung sind dann Zehntausende und Aberzehntausende von Bauern im Reiche mit diesen Roggen-Pfandbrief-Krediten zum mittleren Kurse von 2,50 Mark beglückt worden.

Dann mit einem Male, als der Aufnahmebedarf dieser Papiere unter den Bauern nachließ, schnellte der Börsenkurs der Roggenpfandbriefe auf 9,50 Mark und der Berliner Marktpreis für märkischen Roggen, nach dem sich die Zinsenzahlungen berechneten, auf 12 bis 13 Mark herauf. Damit waren diese ganzen belasteten Höfe mit einem Strich ruiniert!"

Herr Böcker führt dann weiter aus, daß Alfred Hugenberg, als er mit Hilfe der Deutschnationalen Partei in die Reichsleitung gelangen wollte, den Rücken von dieser Umbindungen frei heben mußte. Er trat deshalb aus der Leitung der Roggen-Rentenbank aus, und der Name dieser Bank wurde in „Preußische Boden-Kredit-Aktiengesellschaft" umgeändert. Herr Böcker meint, daß Hugenberg auf Grund dieser Namensänderung von jeder Schuld reingewaschen zu sein glaubt, daß aber trotzdem die Aktiendividenden auch heute noch denselben Weg wandern wie früher. Er versichert zum Schluß, daß er und seine Freunde die Hugenbergsche Spekulation mit der Not der Bauern, die sich in

30 prozentiger jährlicher Kapitalverzinsung bei 300 prozentiger Rückzahlung des geliehenen Kapitals

ausdrückte, nicht vergessen werden. Er bittet die SPD. um Unterstützung in der Presse, die ihm hiermit hinreichend gewährt sein dürfte.

KPD. als Hilfstruppe Hitlers

Uebergelaufen!

Bürgerkrieg auf jeden Fall – für wen, ist gleichgültig

Die Ergebnisse und Lehren des zweiten Wahlganges der Präsidentenwahl sind: Hindenburg ist mit absoluter Mehrheit zum Reichspräsidenten gewählt. Trotzdem besteht die faschistische Gefahr weiter: Hitler hat einen sehr erheblichen Teil der Duesterberg-Stimmen gewonnen. **Der faschistischen Gefahr muß im Preußen-Wahlkampf weiter mit aller Kraft entgegengearbeitet werden.**

Die kommunistische Parole gegen die Sozialdemokratie hat die Stimmenzahl Hitlers verstärkt, eine erhebliche Anzahl kommunistischer Wähler ist zu Hitler übergelaufen.

Der kommunistische Kandidat Thälmann hat gegenüber dem ersten Wahlgang fast 1 300 000 Stimmen verloren, er hat um fast 900 000 Stimmen weniger erhalten als die KPD. bei der Reichstagswahl vom 14. September 1930. Ein sehr erheblicher Teil dieser Verluste entfällt auf die Ueberläufer zu Hitler.

Dies Ueberlaufen hat eine erste, höchst bemerkenswerte Wirkung gehabt. Adolf Hitler ist ausgezogen, den „Marxismus" zu vernichten, vor jeder Wahl hat er auf den „Einbruch in die marxistische Front" gehofft. Mit dem Ueberlaufen der Kommunisten ist ein solcher Einbruch erfolgt — **zwar nicht bei der Sozialdemokratie, wie es alle Scharfmacher mit Hitler hofften, aber bei den Kommunisten.** Und nun — mit einem Male — nicht etwa ein Triumphgeschrei über den „Einbruch", sondern ein erstaunlicher Versuch, ihn trotz der klaren Sprache der Ziffern zu bestreiten. Adolf Hitler erklärt, er sei auf das bestimmteste sicher, daß kein Kommunist für ihn gestimmt habe.

Angesichts dieser erstaunlichen Erklärung, die wie eine Hilfsaktion für die schwer aufs Haupt geschlagene KPD. anmutet, ist es notwendig, die Sprache der Ziffern ins Feld zu führen und die Tatsachen aufzuzeigen.

Die Wahlziffern sagen klar und deutlich: es sind Kommunisten zu Hitler übergelaufen.

Faßt man die ausgesprochen proletarischen Bezirke Groß-Berlins zusammen, so zeigt sich, daß Hitler mehr Stimmen gewonnen hat, als Düsterberg erhalten hatte. Es sind insgesamt etwa 13 000. Aber diese Ziffer bezeichnet noch nicht die Gesamtziffer der kommunistischen Ueberläufer! Man muß in Betracht ziehen, daß auch ein Teil der Düsterbergwähler zuhause geblieben ist! An Stelle dieses Teils sind noch kommunistische Wähler für Hitler eingesprungen.

Am schärfsten tritt das Ueberlaufen in den drei sächsischen Wahlkreisen hervor. Hier erhielt Hitler 1 288 000 Stimmen gegenüber 1 067 000 Stimmen im ersten Wahlgang. Er hat seine Stimmenzahl um 221 000 gesteigert. Düsterberg hatte im ersten Wahlgang 159 000 Stimmen erhalten. Hindenburg hat im zweiten Wahlgang 45 000 Stimmen gewonnen. Die Wahlbeteiligung hat abgenommen! Verteilt man die Düsterbergstimmen auf den Gewinn von Hindenburg und Hitler, so bleiben immer noch 107 000 Stimmen, die Hitler mehr gewonnen hat. Das heißt:

weit über 100 000 Kommunisten sind in Sachsen zu Hitler übergelaufen!

Prüft man unter solchen Gesichtspunkten die Wahlkreisergebnisse durch, so ergibt sich weiter das folgende Bild für das kommunistische Ueberlaufen: in Baden 30 000, Südhannover-Braunschweig 10 000, Düsseldorf-Ost 10 000, Hessen-Nassau 10 000, Hessen-Darmstadt 17 000, Franken 7000, Pfalz 15 000 kommunistische Ueberläufer zu Hitler! Man kommt mit dieser Rechnung schon auf über 200 000 kommunistische Ueberläufer. Das sind ganz unbestreitbare Ziffern, und es sind Mindestziffern!

Die Tatsache des Ueberlaufens wird von der kommunistischen Presse nicht bestritten.

Die kommunistische „Welt am Abend" in Berlin gesteht etwa 5 Proz. des kommunistischen Gesamtverlustes als Ueberläufer zu, das wären etwa 70 000. Aber wie die vorhergehenden Ziffern zeigen, ist diese Zahl viel zu gering. Auch die Zahl von über 200 000 ist noch zu gering! Das Beispiel von Groß-Berlin zeigt, daß, wenn man innerhalb eines Wahlkreises die radikalsten kommunistischen Bezirke erfaßt, sich ein noch stärkeres Ueberlaufen herausstellt.

Die Statistik lehrt also: es sind Hunderttausende von Kommunisten zu Hitler übergelaufen! Etwa eine halbe Million wird die richtige Ziffer sein!

Das ist die Tatsache, und nun erhebt sich die Frage: warum bestreitet Hitler so geflissentlich diese Tatsache, statt sich ihrer zu rühmen? Der Grund liegt nahe: dieser Zuwachs ist ein weiteres sehr schwerwiegendes Argument gegen seine Legalitätsbeteuerungen, ein kräftiger Schuß von Nationalbolschewismus! Er verstärkt die „nationalkommunistischen Haufen" in seinen Reihen, um dies Schlagwort aus der Zeit der Schwarzen Reichswehr zu gebrauchen. Die Annahme ist berechtigt, daß diese

Konkreter Abrüstungsvorschlag Amerikas

Es schlägt Abschaffung aller schweren Angriffswaffen vor
England stimmt zu, ebenso Deutschland

Am Montag brachte der Amerikaner Gibson nach einem Rückblick Hendersons über die bisherigen Beratungen der Abrüstungskonferenz und einer Erinnerung an den letzten Beschluß der Generalkommission, jetzt sofort mit der Entscheidung der wichtigsten Prinzipien eines Abkommens zu beginnen, den ersten wirklich konkreten Abrüstungsvorschlag ein.

Der Vorschlag Amerikas will praktisch bei dem Zweig beginnen, der am stärksten das gleiche Recht aller Staaten auf Sicherheit bedroht, nämlich der Ueberlegenheit der Angriffswaffen über die der Verteidigung. Beginnend mit den Landrüstungen **schlägt deshalb Amerika die vollkommene und kontrollierte Abschaffung der Tanks, der schweren beweglichen Artillerie und der Gase vor.** Gibsons Resolutionsvorschlag fordert ferner von der Kommission für Landrüstungen die Aufstellung eines Planes für den Abbau der Tanks und der fahrbaren Artillerie über 15,5 Zentimeter Kaliber sowie die Ausschaltung der Anwendung von Gas im Kriegsfalle. Die politische Kommission soll die entsprechenden Vertragsziele ausarbeiten unter Einschluß der Verpflichtung aller Staaten, sich im Kriegsfalle der genannten Waffen nicht zu bedienen.

In seiner Begrüßungsrede betonte Gibson, das wichtigste sei, einen klaren und definitiven Vertrag so rasch als möglich zustande zu bringen. Es gelte, das allgemeine Sicherheitsbedürfnis durch die Abrüstung zu befriedigen. Das Gefühl der Unsicherheit komme aus der Furcht eines Ueberfalls. **Die Sicherheit könne nur dann zurückkehren, wenn die Verteidigung dem Angriff überlegen gemacht würde.** Die amerikanische Regierung glaube, daß Verträge wie der vorgeschlagene eingehalten würden und daß jenes eingegangene Risiko kleiner sei als das bestehende. Ersparnisse in allen Haushalten seien gebieterisch notwendig. Es genüge, darauf hinzuweisen, daß die größte fahrbare Kanone ohne Unterhaltskosten 18,9 Millionen Mark, der größte Tank 1,8 Millionen Mark kosteten, deren Lebensdauer nur sehr kurz seien. **Weigerten sich die Staaten, die geringe Herabsetzung selbst anzunehmen, so müsse man die Abrüstungskonferenz als eine Farce bezeichnen.** Amerika habe große Bestände in den genannten Waffen. Es sei aber bereit, als erste dieses große Opfer auf sich zu nehmen.

Der englische Außenminister Sir John Simon erklärte das Einverständnis der englischen Regierung mit dem amerikanischen Vorschlag, der bezüglich der Angriffswaffen zur See und in der Luft anschließend ergänzt werden müsse. **England sei bereit, alle Angriffswaffen durch internationale Abkommen abzuschaffen,** trotz der großen Opfer, die das erfordere. Durch die Annahme und Durchführung von Gibsons Vorschlag wurde ein erster wichtiger Schritt zur Abrüstung getan. Die Staatsausgaben würden vermindert zugunsten der viel notwendigeren sozialen Aufwendungen und eine der wichtigsten Ursachen der Unsicherheit werde beseitigt.

Für Deutschland erkannte Nadolny den Vorschlag mit aller Befriedigung an.

Die Benzinstation

Roman von Sinclair Lewis

Einzig berechtigte Uebertragung aus dem Amerikanischen von Clarisse Meitner

Alle Rechte vorbehalten – Nachdruck verboten

(3. Fortsetzung)

Auf dem Holzplatze stand hohes Gras, so daß ihre Strümpfe sich mit Wasser vollsogen, bis ihre Fußgelenke juckten. Claire hätte niemals vermutet, daß sie je mit einem Reisighaufen so vertraut werden könnte. Sie wurde es. Als wäre sie eine Pioniersfrau, die hier seit Jahren geackert hatte, lernte sie das Reisig Stück für Stück kennen — die langen, wertvollen Aeste, die sie niemals ganz unter den anderen herausbekommen konnte; die dornigen Zweige, die ihr die Hände zerstachen, jedesmal wenn sie versuchte, das seltsame Rutenbündel zu packen. Siebenmal machte sie sich auf den Weg, trug beide Arme voll Zweige und schleppte feierlich lange Aeste hinter sich her. Sie drückte sie schön zusammen vor allen vier Rädern. Ihre Hände sahen wie die Pfoten eines dreijährigen Buben aus, der eine Festung aus Kot gebaut hat. Die Nägel taten ihr weh, weil sich soviel Erde darunter festgesetzt hatte. Die Schuhe waren von angebackenem Kot so schwer, daß sie Mühe hatte, sie zu heben. Mit erlogener Selbstgefälligkeit setzte sie sich auf das Trittbrett, streifte eine Wagenladung Lignit von den Sohlen ab, kletterte in den Wagen zurück und drückte auf den Anlasser.

Der Wagen kam in Gang, kroch einen Zoll vor, glitt wieder zurück — einen Zoll weit. Das zwölftemal hob er sich vielversprechend, kam aber nicht ganz soweit vorwärts. Dann seufzte Claire.

Sie rieb ihre Wange an des Vaters Schulter, dessen Mantel nach Heidekraut roch und sich so wollig-rauh anfühlte. Der Vater streichelte sie und schalt: „Mein armes Mädel! Ich werde lieber aussteigen und dir helfen." Da fuhr sie mit einem Ruf in die Höhe und schüttelte den Kopf. „Bleib da, ich werde alles machen. Ich will mich nicht länger darauf verlassen, wirklich zu sein. Ich werde einen Bauer holen, der soll uns herausziehen."

Als sie sich in den Schlamm hinabließ, überlegte sie, daß alle Bauern ein Herz von Gold hätten; ein anatomisches Phänomen, desgleichen man unter den Snobs und Mietlingen Newyorks niemals fände. Vermutlich schlug das zunächst liegende goldene Herz gar warm in jenem Hause, das eine Viertelmeile weit vor ihnen lag.

Sie kam auf einem kotigen Pfad zu einem kotigen Bauernhof, wo ein kotiger Köter um ihre Beine kläffte und die Gänse hockten in einem See reinsten Kotes schnatterten. Das Haus war klein und ziemlich alt. Es mochte auch einmal angestrichen gewesen sein. Die Scheune war groß und neu. Sie war sehr gut gestrichen und zwar in einem grellen Rot mit weißen Verzierungen. Es war kein Schild an dem Haus, aber auf der Scheune stand in riesigen weißen Buchstaben die Legende zu lesen: „Adolph Zolzac, 1913"

Claire kletterte auf Holzhaufen zu dem schmalen Vorbau einer Hintertüre, auf dem zerbrochene Teile einer Milchmaschine [illegible]. Sie sagte sich, daß es bescheidener und freundlicher wäre, zur Hintertüre zu gehen, anstatt zum vorderen Eingang, und munter klopfte sie an der schlecht schließenden Türe, die mit einem trostlosen Klappern antwortete.

„Ja?" von drinnen.

Sie pochte wieder.

„Herein!"

Sie öffnete die Türe, die in eine Küche führte, deren Mittelpunkt ein Tisch bildete, auf dem Schüsseln mit eingesalzenem Schweinefleisch und Knödeln standen. Ein Mann in Hemdsärmeln saß — in Bart und Ruhe gehüllt — an dem Tisch und blieb unbeweglich sitzen, während er fragte:

„Was gibt's?"

„Mein Wagen — mein Automobil — ist im Kot steckengeblieben. Ich bin, fürcht ich, ein schlechter Fahrer! Wollen Sie, bitte, so gut sein . . ."

„Gewöhnlich krieg ich drei Dollars, aber ich weiß nicht, ob ich's jetzt für weniger als vier mach! Fühl mich nicht ganz wohl heut", brummte der Mann mit dem goldenen Herzen.

Claire hörte nun eine Frau sprechen, die sie bisher nicht bemerkt hatte — um soviel kleiner war sie, als die Knödel, um soviel weniger frisch sah sie aus, als das eingesalzene Schweinefleisch. „Aber Papa, das ist ja eine Schand, daß du der armen Dame so viel aufrechnest, wenn sie selbst chauffiert. Was wird sie von den Sherman-Leuten denken?"

Der Bauer grunzte nur. Zu Claire gewendet:

„Tja, vier Dollars, soviel rechne ich meistens, manchmal."

„Meistens? Wollen Sie damit sagen, daß Sie das Loch dort ruhig mitten in der Straße bestehen lassen — damit die Leute immer wieder stecken bleiben, wenn sie ausweichen wollen, so wie ich? Oh! wenn ich ein Beamter wäre . . ."

„Na, ich weiß nicht, aber mir scheint, ich führ meine Wirtschaft nicht für euch Protzen . . ."

„Papa! Wie redst du denn zu der jungen Dame? Schäm dich!"

„. . . aus der Stadt drin! Wenn's euch nicht paßt, bleibt's in Minneapolis. Ich zieh Sie heraus für dreieinhalb Dollars. Letzten Monat hab ich fünfundvierzig Dollars verdient. Alle haben gern gezahlt. Sie haben gesagt, ich hab ihnen gut geholfen. Ich seh nicht ein, gegen was Sie sich da wehren. Ach, diese Weiber!"

„Es ist Betrug! Ich würd es nicht bezahlen, wär's nicht um meines Vaters willen, der draußen sitzt und wartet. Aber — kommen Sie. Schnell!"

Sie sah zu und klopfte ungeduldig mit der Fußspitze auf den Boden, während Zolzac schnarchend die restlichen Knödel hinunterschlang, sich dann streckte, gähnte, kratzte und hierauf seine bloß schmutzigen Kleider mit Ueberzeug bedeckte, das aus Schmutzfasern gewoben zu sein schien. Als er in die Scheune gegangen war, um sein Gespann zu holen, kam die Frau auf Claire zu. Ueber ihr nasses Gesicht liefen die leichtfließenden Tränen des Sklavenweibes.

„Ach Fräulein, ich weiß nicht, was ich tun soll. Meine Buben gehen in die öffentliche Schule und sprechen so gut amerikanisch wie Sie. Oh, ich wollt man ließe mich Amerika lieb gewinnen. Aber Papa sagt, es ist lauter Unsinn. Wenn man nur das Geld hat, dann kümmert sich niemand mehr drum, ob man aus Amerika ist oder aus der alten Welt. Ich wollt, ich könnt einmal in einem Automobil fahren! Aber — ich schäm mich so, daß ich da sitzen muß und zuschaun, wenn mein Mann solche Sachen macht. Vierzig Jahre lang bin ich mit ihm verheiratet und bald werde ich sterben . . ."

Claire streichelte der Frau die Hände. Es gab keine Worte für eine Tragödie, die jeder Hoffnung entwachsen war.

(Fortsetzung folgt)

Haufen nicht zu ihm gestoßen sind um des nationalistischen Geschreis willen, sondern wegen des Klamauks, den sie von ihm erwarten. Das kommunistische Abendblatt in Berlin, das im übrigen ein volles Geständnis der Schande der KPD. ablegt, nennt diesen Geisteszustand der kommunistischen Ueberläufer „revolutionäre Ungeduld". Das sagt alles!

Diese Ueberläufer konnten es nicht erwarten, daß der Bürgerkrieg ausbricht, und weil sie bei der KPD. nicht länger darauf warten wollten, sind sie zu Hitler gelaufen! Mord und Totschlag auf jeden Fall, ist es nicht mit Thälmann, so ist es vielleicht mit Hitler!

Das sind die Früchte der Erziehung durch die KPD: ein Haufen von politischen Amokläufern, deren einzige politische Gesinnung der Wille zum Verbrechen des Bürgerkriegs ist! Eine Bande, der es gleich ist, ob sie die Pistole für den Bolschewismus oder für den Faschismus abdrückt! Und nun, wo das Ueberlaufen dieser Haufen zu Hunderttausenden von Thälmann zu Hitler ziffernmäßig festgestellt ist, ergibt sich die weitere Frage: wieviele solcher Elemente waren schon vorher bei Hitler?

Das ist es, was Hitler nicht wahr haben will! Er will seine Verwandtschaft mit den bolschewistischen Bürgerkriegshetzern, seine Rekrutierung aus diesen Kreisen nicht öffentlich aufgedeckt haben, er will lieber, daß die KPD. als stiller Bundesgenosse für ihn arbeitet, und deswegen streitet er den Zuzug aus dem KPD.-Lager ab!

Er ist nicht zu bestreiten; denn er kann zahlenmäßig bewiesen werden, und die KPD. selbst gesteht! Damit erwächst der deutschen Arbeiterbewegung eine große Aufgabe, die nicht mit dem Preußenwahltag beendet sein wird, die Aufgabe der Reinigung der Arbeiterbewegung. **Schlagt Hitler und die Verräter am 24. April! Verhindert den Bürgerkrieg! Dann — vorwärts gegen die Verbrecher am Proletariat!**

Der Klassenverrat der KPD.

Der „Sozialdemokratische Pressedienst" schreibt über den Wahlausgang:

„Wir sehen auf dieses Wahlergebnis mit stolzer Befriedigung. Denn in erster Linie ist es auf den vollen Einsatz der Eisernen Front zurückzuführen. Abermals haben die sozialdemokratischen Wähler in größter Geschlossenheit entschieden gegen Hitler und den Bürgerkrieg für Hindenburg gestimmt. Der zweite Schlag gegen Hitler ist gefallen. Er bedeutet abermals eine moralische Niederlage der faschistischen Bürgerkriegstreiber, die nach der Macht greifen wollten.

Das bemerkenswerteste Moment jedoch ist das Schicksal, das verdient über die kommunistische Partei hereingebrochen ist. Diese Partei, die sich großmäulig als die einzig wahre Vertreterin der proletarischen Interessen aufgespielt hat, die nicht minder großmäulig verkündet hat, daß die fünf Millionen Thälmann-Wähler als unerschütterliche Front zusammenstehen und noch anwachsen würden, hat nicht nur 1,3 Millionen Stimmen, rund 25 Prozent ihrer Stimmen vom 13. März, verloren; sie hat vielmehr zugleich eine moralische Katastrophe erlitten, die sie in den Augen aller denkenden Arbeiter dissamieren muß. Hunderttausende von kommunistischen Wählern sind zu Hitler übergelaufen. Und daß es so gekommen ist, das ist die Schuld der kommunistischen Zentrale, ihrer Wahnsinnsparolen und jener verbrecherischen Politik, die sie seit der Teilnahme am Volksentscheid gegen die Reaktion in Preußen getrieben hat."

Das ist die Auswirkung der wahnwitzigen Anschauungen, die von Moskau ausgehen. Dort ist die Rechnung, daß Hitler der Bundesgenosse des Kommunismus sei, daß man ihn benutzen müsse, um die staatliche Ordnung in Deutschland, vor allem aber das feste Bollwerk der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften zu zerschlagen. **Der irrsinnige Glaube, daß nach der Machtergreifung des Faschismus die Stunde des Bolschewismus gekommen sei, hat dazu geführt, daß in den Kreisen der kommunistischen Arbeiter, in die man diese Gedanken hineingetragen hat, der wahnwitzige Gedanke entstehen konnte, daß es am besten sei, gleich für Hitler zu stimmen, um ihn desto sicherer gegen die demokratischen Kräfte in Deutschland an die Macht zu bringen.** In der kommunistischen Partei, selbst in ihrer Zentrale, sind vor dem zweiten Wahlgang starke Strömungen gewesen, ganz offen die Parole für Hitler auszugeben.

Diese verbrecherischen Gedankengänge bezahlt die KPD. mit einer vernichtenden Niederlage, vernichtend nicht nur ihres zahlenmäßigen Umfanges wegen, sondern vernichtend durch die restlose Entlarvung der verbrecherischen und verräterischen Rolle, die diese Partei gegenüber der Arbeiterschaft spielt. Während die denkenden und klassenbewußten Arbeiter in Deutschland ihre ganze Kraft einsetzen, um die Arbeiterschaft vor einem Regiment des blutigen Terrors, des Faschismus, zu schützen, hat **diese Partei** dem Häuptling der Faschisten zu Hunderttausenden Stimmen zugetrieben. **Wenn künftig die KPD. sich anpreisen wird als den einzig wahren Schutzwall gegen den Faschismus, so wird darauf eine Woge des Zornes und der Empörung in der Arbeiterschaft antworten.**

Diese verräterische Partei, diese verbrecherischen Wahnsinnspolitiker, müssen im Preußenwahlkampf vor der ganzen Arbeiterschaft bloßgestellt und angeprangert werden. Sie müssen vernichtend aufs Haupt geschlagen werden. Wer den Bürgerkrieg vermeiden will, wer den Faschismus schlagen will, der muß in erster Linie die bolschewistischen Helfershelfer des Faschismus aufs Haupt schlagen.

Warum Geschäftsordnungsänderung

Weil dadurch wird der Mehrheitswille gesichert

Im Gegensatz zu dem Berliner Zentrumsorgan „Germania", deren Aktienmehrheit sich im Besitz des reaktionären Herrn Papen befindet, spricht sich die „Kölnische Volkszeitung" für die Aenderung der Geschäftsordnung des Preußischen Landtages hinsichtlich der Wahl des Ministerpräsidenten aus. Das Blatt schreibt unter anderem:

„Wenn die Regierungsparteien in Preußen versuchen, durch Aenderung der Geschäftsordnung diese den Bestimmungen der Verfassung anzupassen, so handeln sie dabei nur im wohlverstandenen Interesse der Allgemeinheit. **Andere deutsche Länder, wie Bayern, Sachsen, Hessen und Hamburg, haben die Verfassung und die Geschäftsordnungen ihrer Parlamente seit jeher in dem Sinne gestaltet, der allein dem Mehrheitswillen Geltung verschafft.** Es ist nicht einzusehen, weshalb das Parlament des größten deutschen Landes nicht ebenfalls nach diesen demokratischen Grundsätzen verfahren und seine Geschäftsordnung gestalten soll. Es handelt sich also für die Regierungskoalition in Preußen nicht darum, wie von der Opposition fälschlich behauptet wird, sich durch Aenderung der Geschäftsordnung die Regierungsmacht zu erhalten. Das ist auch durch die vorgesehene Aenderung nicht möglich."

Energische Antwort Englands an Irland

England besteht auf dem Treueid und den Landannuitäten

London, 11. April. (Eigener Drahtbericht.).

England ist auch in seiner Antwort auf die zweite irische Note keinen Schritt von seinem ursprünglichen Standpunkt abgegangen und lehnt die Aufhebung des Treueides der irischen Parlamentarier und die Abschaffung der Landannuitäten entschieden ab. Der Text des gesamten Notenwechsels ist am Montag veröffentlicht worden.

Mit großer Betonung war schon in der ersten Note de Valeras festgestellt worden, daß der Eid dem irischen Volk einen unerträglichen, mittelalterlichen Gewissenszwang auferlege, gegen den es sich mit dem Ausgang der letzten Wahlen aufs deutlichste ausgesprochen habe. Die zweite irische Note geht aber noch weiter und bekämpft den Vertrag von 1921 in seinem ganzen Umfang. Er habe für England das Prestige erhöht, Irland aber unter Kriegsandrohung gezwungen, der Teilung des Landes, der Aufrechterhaltung der englischen Post in wichtigen Häfen, der Ueberlassung der Küstenverteidigung an England und schließlich dem Treueid und der Fortführung der Zahlungen an England zuzustimmen. „Dieser Vertrag, so heißt es wörtlich, hat das irische Volk in zwei Lager geteilt, in diejenigen, die es als Pflicht ansehen, sich dem Vertrag zu widersetzen, und diejenigen, die es im nationalen Interesse für besser halten, sich ihm vorläufig zu unterwerfen."

Die Landannuitäten (Ablösungszahlungen der angesiedelten Bauern auf Grund der Bodenreform von 1890/91) werden als Lasten bezeichnet, die auf das irische Volk schwerer drücken als die deutschen Reparationszahlungen, wenn man Volkszahl und Volksreichtum zum Vergleich heranziehe. Die Abschaffung des Eides, um die es sich vorerst nur handelt, sei eine interne irische Angelegenheit, während in der Frage der Landannuitäten England zunächst um eine juristische Begründung seines Anspruches gebeten wird.

Die englische Antwort auf die zweite irische Note gibt zur Begründung einen Hinweis auf die Verträge von 1923 und 1926. **Die zweite englische Note wiederholt in entschiedenen Worten, daß in der Frage des Eides wie in allen seinen anderen Punkten die irische Regierung durch die freiwillige Unterzeichnung des Vertrages von 1921 gebunden sei.** Nicht ohne Diplomatie ist der englische Hinweis darauf, daß der Einschluß der nördlichen Provinzen in den Freistaat, der den Iren mehr als alles andere am Herzen liegt, undenkbar sei, wenn die Verbindung des Staates mit der englischen Krone nicht sichergestellt sei.

So ist die englisch-irische Aussprache zunächst am toten Punkt angelangt. Die irische Regierung hat ihre Absicht bekanntgegeben, ohne Rücksicht auf die englische Antwort sofort ein Gesetz im Parlament einzubringen, das den Eid abschafft und die Zahlung der Annuitäten, deren nächste Rate im Juni fällig wird, einfach verweigert. Die englische Regierung schweigt sich darüber aus, was sie weiterhin zu tun gedenkt. Sie hofft offenbar, daß de Valera doch innere Schwierigkeiten haben wird, sein Programm durchzuführen und glaubt, daß der scharfe Ton ihrer Note diese Schwierigkeiten noch erhöht. In der Tat ist es zweifelhaft, ob angesichts der wirtschaftlichen Machtmittel, die England in der Hand hat, die irische Labour Party, deren Stimme ausschlaggebend ist, eine Mißachtung der englischen Protestnote gestatten wird. Ferner ist in jedem Falle der irische Senat gegen eine solche Politik eingestellt.

Im englischen Parlament wird auf Verlangen der Opposition in diesen Tagen eine Aussprache über das irische Problem stattfinden.

Vorläufig keine Reichstagstagung

Der Aeltestenrat des Reichstags, der sich am Montag mit der Frage der Einberufung des Reichsparlaments beschäftigte, beschloß auf Vorschlag des Reichstagspräsidenten Löbe, sich am 26. April nochmals mit der Frage zu befassen. Vorläufig erfolgt also keine Einberufung des Reichstages.

Erneuerung der Kredite für Oesterreich

Durch die B.I.Z. — Herabsetzung der Zinsen für den deutschen Kredit

Basel, 11. April. (Eigener Drahtbericht).

Die am Montag abgehaltene Verwaltungsratssitzung der Bank für internationale Zahlungen in Basel beschloß die Erneuerung der an Oesterreich, Ungarn und Jugoslawien gewährten Kredite und setzte den Zinssatz für den der deutschen Reichsbank gewährten Kredit von 18 Millionen Dollar von acht auf sechs Prozent herab.

Der Gewinn des zweiten Geschäftsjahres der B.I.Z. ist um drei Millionen Francs höher als im Vorjahre.

Brüning bleibt

Hindenburg lehnt seinen Rücktritt ab

Dem internationalen Brauch, wonach der Chef der amtierenden Regierung nach der Wahl oder Wiederwahl des Staatsoberhauptes sein Amt zur Verfügung stellen soll, hat Reichskanzler Dr. Brüning bereits am Montag vormittag entsprochen und dem Reichspräsidenten seinen Rücktritt angeboten. Wie nicht anders zu erwarten war, hat der Reichspräsident dieses Gesuch nicht angenommen.

Schließung eines SA.-Heimes

Oberhausen (Rhld.), 11. April. (Eigener Drahtbericht).

Der Oberhausener Polizeipräsident hat Montagnachmittag die Schließung des Oberhausener SA.- und SS.-Heimes verfügt. Das Heim muß bis zum 12. April geräumt werden. Die Schließung wird damit begründet, daß **das Heim als Stützpunkt für eine ganze Reihe von Ueberfällen und Schlägereien gedient hat.**

Serienspiele am 17. April

17,00: FSV. I — Rapid I, Bebelpark, 70.
17,00: Union I — Ohlau I, Deutsch-Lissa, 89.
17,00: VfR. I — Falke I, Riemannshöhe, 79.
17,00: Einigkeit I — Freie Sportfreunde I, Groß-Mochbern, 106.
17,00: VfB. I — Pfeil I, Oltaschin, 56.
17,00: Sparta I — Strehlen I, Schlachthof, 97.
17,00: Wratislawia I — Sil.-Kick. I, Brückenaue, 18.
16,30: Blau-Weiß I — West I, Westpark, 67.
17,00: Herta I — 1921 I, Gräbschen, 12.
17,00: 1930 I — VfL. I, Maria-Höfchen, 224.
17,00: Südost I — Sturm I, Klettendorf, 201.
17,00: Wacker I — Stern I, Gräbschen, 55.
17,00: Märzdorf I — Sacrau I, Märzdorf, 139.
17,00: Kawallen I — Lanisch I, Kawallen, 80.
17,00: Alt-Bergel I — Adler I, Alt-Bergel, 95.
17,00: Groß-Nädlitz I — Hundsfeld I, Groß-Nädlitz, 104.
17,00: Herrnprotsch I — 1928 I, Herrnprotsch, 122.
17,00: Eintracht I — Freiheit I, Masselwitz, 40.
17,00: Alemannia I — Rot-Weiß I, Ransern, 58.
17,00: Trebnitz I — Rosenthal I, Trebnitz, 57.
17,00: Obernigk I — Askania I, Obernigk, 41.
17,00: Einheit I — Schlesien I, Brückenaue, 117.
17,00: Dyhernfurth I — Wohlau I, Dyhernfurth, 110.

2., 3. und 4. Mannschaften

15,00: FSV. II — Rapid II, Bebelpark, Sparta.
15,00: Union II — Ohlau II, Deutsch-Lissa, 1930.
15,00: VfR. II — Falke II, Riemannshöhe, Tasmania.
15,00: Einigkeit II — Fr. Sportfreunde II, Groß-Mochbern, Kanth.
15,00: VfB. II — Pfeil II, Oltaschin, Herta.
15,00: Sparta II — Strehlen II, Schlachthof, VfL.
15,00: Wratislawia II — Sil.-Kick. II, Brückenaue, FSV.
8,45: Blau-Weiß II — West II, Westpark, Union.
15,00: Herta II — 1921 II, Gräbschen, Einigkeit.
15,00: 1930 II — VfL. II, Maria-Höfchen, 1928.
15,00: Südost II — Sturm II, Klettendorf, Sil.-Kick.
15,00: Wacker II — Stern II, Gräbschen, Vorwärts.
15,00: Märzdorf II — Sacrau II, Märzdorf, Ohlau.
15,00: Kawallen II — Steine III, Kawallen, 120.
15,00: Alt-Bergel II — Adler II, Alt-Bergel, Märzdorf.
15,00: Groß-Nädlitz II — Hundsfeld II, Groß-Nädlitz, Rosenthal.
15,00: Kanth II — Bruch-Bischdorf I, Kanth, Einigkeit.
15,00: Herrnprotsch II — 1928 II, Herrnprotsch, Freie Sportfreunde.
15,00: Eintracht II — Freiheit II, Masselwitz, Pfeil.
15,00: Alemannia II — Rot-Weiß II, Ransern, Sturm.
15,00: Trebnitz II — Rosenthal II, Trebnitz, Herold.
15,00: Obernigk II — Askania II, Obernigk, 41.
15,00: Dyhernfurth II — Einheit II, Dyhernfurth, 110.
17,00: Riemberg I — 1924 II, Riemberg, Obernigk.
10,15: Eintracht III — Sturm III, Masselwitz, 1930.
10,15: Herrnprotsch III — Union III, Herrnprotsch, VfK.
10,00: Falke III — Bruch-Bischdorf II, Neukirch, 1928.
13,00: Einigkeit III — 1928 III, Groß-Mochbern, Südost.
9,00: FSV. III — Herold III, Bebelpark, Herrnprotsch.
13,00: Märzdorf III — Ohlau III, Märzdorf, 139.
9,00: Fr. Sportfr. III — Kawallen III, Zankholzwiese, Eintracht.
10,00: West III — Oswitz III, Eichenpark, Einheit.
13,00: Wratislawia III — Rosenthal III, Brückenaue, Oswitz.
10,30: Sparta III — Strehlen III, Schlachthof, West.
13,00: Wacker III — 1921 III, Brückenaue, Hundsfeld.
10,45: Obernigk III — Trebnitz III, Obernigk, Sil.-Kick.
9,00: VfL. III — Pfeil III, Gandau, Rot-Weiß.
10,00: Südost III — Stern III, Klettendorf, VfK.
10,00: Einigkeit IV — Union a. H., Groß-Mochbern, 1924.

Jugendmannschaften

13.30: FSV. I — Sturm I, Bebelpark, Freie Sportfreunde.
9,00: Herrnprotsch I — 1928 I, Herrnprotsch, Falke.
10,45: VfL. I — Stern I, Gandau, Freiheit.
13,30: Trebnitz I — Rosenthal I, Trebnitz, 57.
9,30: Obernigk I — Vorwärts I, Obernigk, Sil.-Kick.
13,30: Sparta I — Strehlen I, Schlachthof, Union.
10,00: Freiheit I — 1921 I, Schmolz, Freie Sportfreunde.

Nachtrag

17,00: Steine I — Vorwärts I, Steine, 8.
15,00: Steine II — Vorwärts II, Steine, Herold.

Freie Turnerschaft Breslau E. V.

1. Männerabteilung. 12. April, nach der Turnstunde, Abteilungs-Vorstandssitzung bei Spiller. 15. April, 21 Uhr, Abteilungsversammlung bei Spiller, Alsenstraße 57.

Angelsportverein „Einigkeit". 13. April, 20 Uhr, bei Tilscher, Garvestraße 32, Mitgliederversammlung.

Touristen-Verein „Die Naturfreunde", Ortsgruppe Breslau. Heut, Dienstag, Vorstandssitzung bei Freund Fiebig (Gräbschen).

Naturfreundejugend. 13. April, 20 Uhr, Benderschule, Treffen zur Abendwanderung. Volksbühnenmitglieder holen vorher ihre Billetts ab. Donnerstag Theatervorstellung im Thaliatheater, Tanzkreis Sonnabend.

Arbeiter-Rad- und Kraftfahrer Breslau. 14. April, wichtige Rennfahrerversammlung bei Böhm, Jahnstraße, um 20 Uhr.

Arbeiter-Rad- und Kraftfahrer-Bund „Solidarität"

Gau 8, Bezirk 1

Die Bezirks-Sternfahrt findet nicht am 24. April statt, sondern mußte wegen den Wahlen auf den 17. April vorverlegt werden. Der Start der Ortsgruppen um Breslau ist 7 Uhr vormittags in Breslau (Platz der Republik), die anderen Ortsgruppen schließen sich unterwegs dem Breslauer Zuge an oder fahren selbst bis vor Neumarkt, wo sie um 10 Uhr vormittags erwartet werden. Alle Züg halten vor Neumarkt und warten, bis sie von der Fahrleitung hereingeholt werden. Nachher Einfahrt strahlenförmig auf den Marktplatz in Neumarkt, anschließend im „Gelben Löwen" Referat des Bezirksleiters Genossen Frost.

Bundesmitglieder, erscheint alle zu dieser Sternfahrt nach Neumarkt, und weil sie kurz vor der Preußenwahl stattfindet, muß diese Fahrt eine gewaltige Demonstration für die Arbeiterschaft werden.

Ich liebte stets die Sonne und das Licht,
Darum verbrennt mich,
doch begrabt mich nicht.

Am 10. April verschied plötzlich und unerwartet durch Herzschlag mein inniggeliebter Mann, unser treusorgender Vater, Schwieger- und Großvater, Bruder, Schwager und Onkel, der

Fliesenleger

Karl Mende

im Alter von 49 Jahren und 8 Monaten.

Dies zeigt schmerzerfüllt an

Breslau-Goldschmieden, Schömberger Str. 10, 12. April 1932.

Im Namen aller Hinterbliebenen
Emma Mende, geb. Schneider
nebst Kindern u. Anverwandten.

Einäscherung: Freitag, den 15. April, nachmittags 3 Uhr, im Krematorium Breslau-Gräbschen. 6240

Ein treues Mutterherz hat aufgehört zu schlagen!

Am 9. April 1932, nachmittags 2½ Uhr, verschied sanft nach schwerem, langem, mit großer Geduld ertragenem Leiden meine liebe Frau, unsere herzensgute Mutter, Groß- und Schwiegermutter, Schwester und Schwägerin

Frau Rosina Fuhrmann
geb. Jänsch

im Alter von fast 67 Jahren.

Um stille Teilnahme bittet

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen
August Fuhrmann als Gatte
nebst Kindern und Anverwandten.

Beerdigung: Mittwoch, den 13. April, nachmittags 2 Uhr, von Halle III (Krematoriumshalle) des Gräbschener Friedhofes. 6239

Deutscher Baugewerksbund

Am 10. April 1932 verstarb unser langjähriges Mitglied, der **Fliesenleger**

Karl Mende

im Alter von 49 Jahren.

Ein ehrendes Andenken bewahren ihm

Die Mitglieder der Fachgruppe der Fliesenleger.

Einäscherung: Freitag, den 15. April, 15 Uhr, im Krematorium in Gräbschen. 1153

Deutscher Baugewerksbund

Am 10. April verstarb unser langjähriges Mitglied, der **Maurer**

August Goihl

im Alter von 62 Jahren.

Ein ehrendes Andenken bewahren ihm

Die Mitglieder der Baugewerkschaft Breslau.

Beerdigung: Donnerstag, den 14. April, nachmittags 3 Uhr, von der Kapelle des St. Laurentius-Friedhofes, Auenstraße, aus.

Deutscher Metallarbeiterverband
Verwaltungsstelle Breslau.

Am Sonnabend, den 9. April, abends 7½ Uhr, verstarb unser Freund und Verbandskollege, der **Dreher**

Fritz Schlaffhau

im Alter von 50 Jahren.

Ein ehrendes Andenken bewahren ihm

Die Mitglieder der Verwaltungsstelle Breslau.

Beerdigung: Donnerstag, 14. April, nachmittags 4 Uhr, Kommunalfriedhof in Kosel.

Deutscher Bauarbeiter-Verband

Am 9. April verstarb unser Kollege, der **Invalide**

August Riedel

im Alter von 76 Jahren.

Sein Andenken werden in Ehren halten

Die Mitglieder der Zahlstelle Breslau

Beerdigung: Mittwoch, den 13. April, nachmittags 2.30 Uhr, von der Halle des St. Nikolai-Friedhofes in Cosel.

– AUSSTELLUNG –
Heim und Mode
MESSEHOF 2.–24. APRIL
Geöffnet täglich 9–19 Uhr
Eintrittspreis 50 Pf., einschl. Ausstellungslos
Modenschau: 16½ Uhr
heut beteiligt:
Leinenhaus Bielschowsky
Sommer-, Sport- u. Badebekleidung
„Gymnastik für alle"
Uebungen unter Leitung von Elli Ledermann.

Messow Waldschmidt
G. m. b. H. Schmiedebrücke
Das Haus der
billigen Preise!
★
30000 Meter
reinwollene
Kleiderstoffe
in den besten, praktischen und modernen Webarten
Hauptpreislagen:
95, 1²⁵ 1⁹⁵ 2²⁵
Ferner:
Waschstoffe
wie: Musseline, Vollvoile, bedruckten Cheviot, Blaudruckneessel, Beiderwand, Indanthren
Hauptpreislagen:
35, 45, 58, 75,

STADTTHEATER
Dienstag, 19.30 bis nach 22.45
Abonn.-Vorstellung E 14
Lais
Der Barbier von Bagdad
Mittwoch, 20 bis geg. 22.30
Alessandro Stradella
Donnerstag, 20 bis nach 22
Abonn.-Vorst. D 15
Die Welt auf dem Monde

LOBETHEATER
Tägl. 20.15–22.50
Der Sonnenuntergang

THALIATHEATER
Tägl. 20.15–22.10
Die Waterloo-Brücke

Tischlinoleum
100 breit, Meter 1.75, Wachstuch, Granit, 100 brt., Mtr. 95
Friedländer, Sonnenstr. 30.

Urania
12 Monatshefte und 4 Bücher
Der proletarische Kosmos

Das gute
Edeka-Roggenbrot
ist reinschmeckend, nahrhaft und bekömmlich
Nur erhältlich im
Edeka-Geschäft

Wohnungen
Tausche
2fenstr. Stube, 1 fenstr. Küche, Kabinett u. Entree im Westen in größere, 2 Stuben u. Küche. Offerten unt. B. 62 an die Volkswacht, Flurstraße 4.

Arbeitsmarkt
Damenkonfektion
Näherinnen
auf Mäntel, die auf dauernde Beschäftigung reflektieren, können sich melden bei Schöbel, Neuhauptstraße 10, part.

Mein Büro befindet sich jetzt:
Tauentzienplatz 6
(neben der Dresdner Bank)
Fernspr. 21956
Dr. Conrad Cohn
Rechtsanwalt beim Oberlandesgericht

Wohlfahrtspraxis
üben ab 15. April 1932 aus
Dr. med. Pfeiffer, Hellerstr. 10
Dr. med. Stürmer, Queisstr. 2

Gesellschaftshaus Silesia, Neudorfstr. 54
Heute Dienstag: **Gesellschaftstanz**

Engelhorns Roman-Bibliothek
Statt 1.75 nur **0.75 Mk.**
Gesperrt für teure Bücher!
Robert Neumann ..... Die Pest von Lianora
v. Wolzogen ..... Bibel-Hase
v. Urbanitzky ..... Zwischen den Spiegeln
Deledda ..... Elias Portozu
Alfred Neumann ..... König Haber
A. Heine ..... Bis ins dritte und vierte Glied
Wodehouse ..... Abenteuer eines Pumpgenies
Loti ..... Islandfischer
Frank Thiess ..... Narren
Hornung ..... Ein Dieb in der Nacht
Volkswacht-Buchhandlungen Breslau
Flurstraße 4–6

Gehen Sie zu
Arndt Glücksecke (gegenüber Wertheim)
dort erwartet Sie das Glück
Einige Preußenlose sind noch zu haben
½ 3.–, ¼ 10.–, ½ 20.–, 1/1 40.–, Doppellose 80 M.
Ohne Geld werden Lose sofort ausgehändigt oder übersandt
Ziehung bereits am 20. April [illegible] Postsch. 2571

Bitte
bei allen Einkäufen stets die Inserenten unserer Zeitung zu berücksichtigen!

Für die Redaktion verantwortlich: [illegible]; für die Anzeigen: [illegible]. — Redaktion: [illegible]platz 3. — Hauptexpedition: Flurstr. 4. — Druck u. Verlag der „Volkswacht" G. m. b. H., sämtlich in Breslau

Breslauer Nachrichten

Jeder ist Wahlredner

Diskutiere im Betrieb, an der Stempelstelle, beim Einkauf, im Gespräch mit Bekannten und Fremden

Die Bedeutung der Preußen-Wahl

Landtags- und Kommunalwahlen werden von vielen — doch zu Unrecht — weniger beachtet als die Wahlen zum Reichsparlament.

Preußische Landtagswahlen sind schon immer von größerer Bedeutung gewesen. Preußen ist allein durch seine Größe — drei Fünftel des Reichs — von überragender Bedeutung!

Preußen ist durch seinen Verwaltungsapparat — Oberpräsidenten, Regierungspräsidenten, Landräte, Polizeiverwaltung, Justizverwaltung, Schulen und Hochschulen — der stärkste ausschlaggebende Machtfaktor in Deutschland.

Preußen unter Otto Braun und Carl Severing ist das Bollwerk der demokratischen Republik!

Preußen ist der stärkste Wall gegen den Faschismus!

Die preußischen Landtagswahlen entscheiden darüber, ob Preußen weiter demokratisch und freiheitlich von Otto Braun und Carl Severing oder diktatorisch und faschistisch von Hitler und Hugenberg regiert werden soll.

Der Kampf geht diesmal nicht um Preußen allein. „Wer Preußen hat, hat Deutschland" —: niemals ist dies Wort zutreffender gewesen als in der gegenwärtigen Situation!

Der Ausgang der preußischen Wahlen entscheidet nicht nur über die innerpolitischen Verhältnisse Preußens, sondern auch gleichzeitig über das Schicksal Deutschlands überhaupt.

Dieser Kampf um Preußen ist der Kampf um die Macht im Reiche! Der Wahltag in Preußen ist der Tag der Entscheidungsschlacht. Wer diesen entscheidenden Kampf verliert, ist für Jahre hinaus der Unterlegene.

Es geht um das Schicksal Preußens!
Es geht um die Macht im Reich!
Es geht um die elementarsten Lebensrechte der deutschen Arbeiterbewegung!

Die Sozialdemokratie führt den Kampf:
Für die demokratische Republik!
Gegen den Faschismus!
Für die Lebensrechte der deutschen Arbeiterklasse!
Für das Preußen Otto Brauns und Carl Severings!

Breslaus Elend

Weitere Steigerung der Zahl der Wohlfahrtserwerbslosen in Breslau

Die Zahl der vom Breslauer Wohlfahrtsamt unterstützten arbeitsfähigen Erwerbslosen betrug am 31. März d. J. 44 407 Hauptunterstützte oder etwa 72 auf 1000 Einwohner. Im letzten Monat (März) hat sich die Zahl um 1329, gegenüber dem Stande vom 31. Oktober 1931 aber um 9775 Hauptunterstützte vermehrt.

Die Gesamtzahl der wegen Erwerbslosigkeit in Breslau unterstützten Personen, also einschließlich der vom Arbeitsamt unterstützten, ist gegenüber dem Stand vom Ende Februar zwar ein wenig gesunken, jedoch fand die Verminderung lediglich beim Arbeitsamt statt; die anwachsende Belastung des Wohlfahrtsamtes drückt sich in dem Grade aus, daß sich nunmehr rund 59 v. H. der Unterstützten in der Betreuung des Wohlfahrtsamtes und etwa 41 v. H. in der Betreuung des Arbeitsamtes befinden.

Es steht auch für den kommenden Monat nicht fest, daß die saisonmäßige Belebung des Arbeitsmarktes eine Entlastung im Umfange der Fürsorgepflichten des städtischen Wohlfahrtsamtes mit sich bringt.

Der Kampf gegen die Skandalpresse

Und wieder Verleumder Gruschwitz

Das Skandalblatt „Die Tribüne" hatte sich am Sonnabend abermals in zwei Verleumdungsprozessen zu verantworten. Obwohl es sich in beiden Prozessen um schwere Verleumdungen handelte, konnte doch eine Verurteilung nicht erfolgen, weil sich die Angeklagten in dem einen Falle zu jeder Ehrenerklärung bereit erklärten. Gerade diese Strafsache war typisch für die Gefährlichkeit der Skandalpresse. Ohne das Material, das ihnen zugetragen wird, nachzuprüfen, wird es bedenkenlos veröffentlicht, ganz gleich, ob der Angegriffene in seiner Stellung und seiner Ehre gefährdet ist oder nicht. So war es auch hier. Der Architekt Ullrich Schneider hatte der „Tribüne" Material für einen Artikel übergeben, das sich mit der Person der Superintendenten Sorof in Groß-Rädlitz, Kreis Breslau, beschäftigte. Verantwortlich für diesen Artikel zeichnete Heinz Leuner, so daß nun beide wegen Verleumdung vor Gericht standen. Wie schon gesagt, war vor Eintritt in die Verhandlung Leuner sofort bereit, jede öffentliche Ehrenerklärung abzugeben. In dieser Ehrenerklärung wird ausdrücklich zugegeben, daß sämtliche in dem Artikel aufgestellten Behauptungen unwahr seien und man sie deshalb mit dem Ausdruck des Bedauerns zurücknehme. Auch sämtliche Kosten des Verfahrens werden die Angeklagten tragen; auch wird die Ehrenerklärung auf ihre Kosten in der „Tribüne" und in den „N. N." veröffentlicht. Wenn die Ehrenerklärung veröffentlicht ist, und die Kosten des Verfahrens bezahlt sind, dann werden Sorof und das evangelische Konsistorium den Strafantrag zurücknehmen.

In dem zweiten Verfahren waren Gruschwitz und Leuner angeklagt. In einem Artikel waren städtische Beamte beleidigt worden. Auf Grund dieses Artikels war dann auch ein Verfahren gegen einen der angegriffenen Beamten eröffnet, von der Staatsanwaltschaft aber wieder eingestellt worden, da die Behauptungen der „Tribüne", wie immer nur auf Skandal aufgebaut waren. Inzwischen war es aber verabsäumt worden, das Verfahren wegen Verleumdung gegen die „Tribüne" anhängig zu machen, und so mußte dann dieser Prozeß wegen Verjährung auf Kosten der Staatskasse eingestellt werden.

* * *

Im Kampf gegen die Skandalpresse noch folgenden Nachsatz. Erfreulicherweise wurde auch von seiten der Stadt mit aller Energie der Kampf gegen diese Pest aufgenommen. Leider denken nicht alle städtischen Beamte und Angestellte so. Sonst könnte man nicht andauernd beobachten, daß gerade dieser Schmutzpresse von einigen dieser Herren Material zugetragen wird und allerhand interne Dinge mitgeteilt werden. Erst dieser Tage wurden in der „Tribüne" über einige Angestellte und die Leiterin des Pflegeamtes allerhand Dinge mitgeteilt, die nur von einem aktenkundigen Beamten oder Angestellten stammen können. Man würde in der Stadtverwaltung gut tun, hier einmal ein wenig Nachforschung zu halten, was das für Herren oder auch Damen sind, die einen solchen Verkehr mit der Skandalpresse pflegen.

Der „Jagdschein" für einen nationalsozialistischen Rechtsanwalt

Vor kurzem ist ein vom preußischen Staatsministerium gegen einen nationalsozialistischen Rechtsanwalt geführter Beleidigungsprozeß zu Ende gegangen, der die Oeffentlichkeit interessieren dürfte. Der Rechtsanwalt Wolf Wilberg in Breslau verteidigte im November 1930 einen nationalsozialistischen Wanderredner vor dem dortigen Schöffengericht wegen Vergehens gegen das Gesetz zum Schutz der Republik. Er benutzte in seinem Plädoyer eben die Redewendungen, um derentwillen sein Mandant unter Anklage gestellt war, dazu, um anschließend in der „Ich-" und „Wir"-Form das Programm der NSDAP. zu entwickeln und sich mit dem Verhalten der derzeitigen Reichs- und Staatsregierung auseinanderzusetzen. Dabei gebrauchte er nach der eidlichen Aussage des damaligen Vertreters der Staatsanwaltschaft, der nunmehr als Zeuge vernommen wurde und der die Ausführungen des Angeklagten mitgeschrieben hatte, Wendungen, die schwere Beleidigungen des preußischen Staatsministeriums darstellten, so zum Beispiel machte er dem Staatsministerium den Vorwurf der bewußten Verletzung der Verfassung. Wie der Amtliche Preußische Pressedienst mitteilt, wurde der Angeklagte trotzdem vom Schöffengericht Sagan in der Hauptverhandlung freigesprochen und die Berufung der Staatsanwaltschaft wurde von der Großen Strafkammer des Landgerichts Glogau mit denselben Gründen verworfen. Die Begründung des Freispruches und die Verwerfung der Berufung waren freilich sehr wenig rühmlich für diesen nationalsozialistischen Rechtsanwalt; beides geschah nämlich in Anwendung des § 51 StGB., also wegen Unzurechnungsfähigkeit.

Wohnungsentseuchungen bei Tuberkulose

Das städtische Gesundheitsamt schreibt uns:

Wechselt ein an Lungen- oder Kehlkopftuberkulose Erkrankter seine Wohnung, so ist der Haushaltungsvorstand nach dem Gesetze zur Bekämpfung der Tuberkulose vom 4. 3. 1923 verpflichtet, unverzüglich den Wohnungswechsel mündlich oder schriftlich der für die alte Wohnung zuständigen Tuberkulose-Fürsorgestelle anzugeben. Wechselt mit der Wohnungsänderung des Kranken zugleich auch der Haushaltungsvorstand, so liegt die Pflicht zur Anzeige dem bisherigen Haushaltungsvorstande ob. Das Unterlassen der Meldung ist unter Strafe gestellt.

Zu Tode gequetscht

Unfall auf dem Güterbahnhof Breslau-Ost

Auf dem Güterbahnhof Breslau-Ost ereignete sich gestern vormittag ein schwerer Unfall. Der 53jährige Rangiermeister, der beim Rangieren abspeisen wollte, wurde von einem Güterwagen gegen die Rampe des Güterbodenschuppens gequetscht und derart schwer verletzt, daß der Tod wenige Augenblicke später eintrat. Obwohl der Verunglückte sofort in das Wenzel-Hancke-Krankenhaus geschafft wurde, konnte dort nur noch der inzwischen eingetretene Tod festgestellt werden.

Von einem Lieferkraftrad umgerissen

wurde gestern nachmittag die neunjährige Schülerin Ingeborg Krause aus Kosel, als sie vor dem Hause Frankfurter Straße Nr. 198 über den Fahrdamm lief. Mit schweren Verletzungen mußte das Kind besinnungslos zu einem Arzt gebracht werden.

Ein Streifzug durch das Breslauer Wahlergebnis

Wie haben diesmal die einzelnen Bezirke gewählt? — Die besten Hindenburg-Bezirke: am Dom und in Oswitz — Hitlers Hochburgen — Die kommunistischen Hitlerwähler SAP. aber möchte nun von ihrer Thälmann-Parole am liebsten nichts wissen

Wenn man sich die 125 Einzelresultate der Breslauer Abstimmung für die Wahl des Reichspräsidenten etwas näher ansieht, dann offenbaren sich einem die verschiedensten Dinge, die bei einer Beurteilung des Gesamtergebnisses nicht so eindringlich in Erscheinung treten.

Da ist zunächst einmal festzustellen, daß trotz des Stimmenzuwachses für Hindenburg seine Wähler aus dem ersten Wahlgange nicht restlos zur zweiten Wahl angetreten sind. In 92 Stimmbezirken blieben die Hindenburgstimmen hinter dem ersten Wahlergebnis zurück und zwar um rund 1200 Stimmen. Die Bezirksergebnisse lassen es eindeutig erkennen, daß die Hindenburgwähler einfach zu Hause geblieben sind, in dem guten Glauben, es komme auf sie nicht mehr an.

In 312 Wahlbezirken wurde dagegen das erste Hindenburgresultat diesmal verbessert. In 13 Bezirken beträgt dieser Zuzug sogar mehr als 50 Stimmen. Der beste Hindenburgbezirk des ersten Wahlganges, der Bezirk 76 im Domviertel ist der beste geblieben, weil in ihm zu den 764 Hindenburgstimmen noch 101 Stimmen neu dazu gekommen sind. Der Wahlbezirk 39 (Oswitz) ist der zweitbeste Hindenburgbezirk geworden, weil er auch stark aufgeholt hat.

Hitlers Hochburg ist der Bezirk 222 geworden. Er umfaßt Fichtestraße 19—33 und 16—28, Goethestraße 141—159, Herdainstraße 47—57, Kantstraße 30—44 und Steinstraße 96—112. Die Straßennamen sind also nicht maßgebend für das geistige Niveau ihrer Bewohner.

In diesem Bezirk erhielt Hitler 662 Stimmen. Beinahe doppelt so viel als Hindenburg. Fast alle Düsterberger sind hier für Hitler angetreten. Bezirk 227, der ebenfalls in dem neuen „Arbeiterviertel" mit den 6-Zimmerwohnungen liegt, brachte es auf 658 Hitlerstimmen. Hier müssen die 20 verlorenen Thälmannstimmen zu Hitler übergegangen sein, denn er erhielt noch 35 Stimmen mehr, als die Düsterbergstimmen bei gleicher Wahlbeteiligung.

Interessante Ergebnisse erbrachten die Duesterberg-Hochburgen. Im Bezirk 176 in der Klosterstraße 112 bis 132 und 127 bis 143, wo der Stahlhelmgeneral mit 148 die meisten Stimmen für sich aufbrachte, ist sein Anhang restlos zu Hitler übergelaufen. Im Bezirk 203, Arletiusstraße, Gustav-Freytag-Straße, sind die 145 Duesterberg-Stimmen ebenfalls restlos zu Hitler übergegangen.

Völlig verschoben haben sich die Thälmann-Hochburgen. Der beste Bezirk ist der Wahlbezirk 268 geworden, der in Hartlieb abstimmt. Hier hat Thälmann gegenüber dem ersten Wahlgang nur eine Stimme verloren, so daß der Bezirk mit 268 Thälmann-Stimmen an die Spitze gekommen ist. Die Stimmbezirke 120 und 121, die in Scheitnig, in dem Viertel Selenke-, Fürsten- und Laurentiusstraße, liegen und beim ersten Wahlgang von Bezirken aus dem Nikolaitor überflügelt wurden, sind wieder zu den besten Thälmann-Bezirken geworden, obwohl in beiden je mehr als 50 Thälmann-Stimmen weniger abgegeben worden sind. Im Bezirk 120 wird es ganz offensichtlich, daß ein Teil der Thälmann-Wähler zu Hitler übergegangen ist, denn der Hakenkreuzmann erhielt noch 35 Stimmen mehr, als ihm von Duesterberg zugeführt wurden. Da auch Hindenburg noch 20 Stimmen gewonnen hat, die Wahlbeteiligung aber gleichgeblieben ist, kann der Hitlergewinn nur aus dem Thälmannverlust erklärt werden.

Die gleiche Erscheinung macht sich auch im Nikolaitor bemerkbar. Es sind da in verschiedenen Bezirken bei gleichbleibender Wahlbeteiligung mehr Stimmen für Hitler abgegeben worden, als Duesterberger vorhanden sind.

Da auch Hindenburg im Nikolaitor sehr wesentliche Gewinne zu verzeichnen hat, so bleibt nur die Schlußfolgerung übrig, daß die Hitlergewinne aus den sehr starken Thälmannverlusten sein müssen.

Augenscheinlich ist aber gerade im Nikolaitor, daß sich mit dem Wahlergebnis vom Sonntage auch eine ganz andere Partei entlarvt. Ohne Zweifel ist die SAP. zu einem Teil für Hindenburg eingetreten, zu einem andern Teil muß sie, wie wir bereits gestern mitteilten, auch für Hitler gestimmt haben, während sie im ersten Wahlgang geschlossen für Thälmann gestimmt hat. Im Bezirk 378 beispielsweise (Posener Straße 63—87 und Steinauer Straße 31—37) hat Thälmann 110 Stimmen weniger erhalten, Hindenburg 63 gewonnen und Hitler 19 Stimmen mehr bekommen als die Duesterbergstimmen. Im Bezirk 381 hat Thälmann 61 verloren, Hindenburg 50 gewonnen, Bezirk 384 Thälmann 119 verloren, Hindenburg 58 gewonnen. Und so ließen sich noch eine ganze Anzahl Bezirke aufführen, wo ganz offensichtlich in Erscheinung tritt, daß Thälmannwähler des ersten Wahlgangs in größerer Zahl für Hindenburg eingetreten sind, während andererseits ein anderer Teil der Thälmannstimmen noch Hitler zugute gekommen ist. Mit dieser Feststellung wird aber die SAP. entlarvt. Entweder hat sie hinienherum eine andere Parole ausgegeben oder ihr Anhang hat sich selbständiger gezeigt wie die Parteiführung. Beide Möglichkeiten sind Beweis für die Verworrenheit innerhalb dieser Splittergruppe, die nun bald überhaupt nicht mehr wissen wird, was sie eigentlich machen soll.

Wenn die gestrige „SAZ." in einem Kommentar zu dem Ausgang der Wahlen nun nach dieser KPD.-Pleite von der geradezu verbrecherischen Politik dieser „Arbeiterpartei" spricht, so hat sie scheinbar ganz vergessen, daß sie ja gerade diese Kandidatur mit unterstützt und diese Pleite also mit verursacht hat. Der Komplize, der sich nach mißglücktem „Verbrechen" von seinen Kumpanen lossagte, ist ein recht schäbiger Geselle.

Nun muß den SAP.-Leuten, die einmal für Thälmann und einmal für Hindenburg oder gar für Hitler gestimmt haben, durch unsere Agitation klargemacht werden, daß es sinnlos ist, sich etwa für die Landtagswahlen irgend welchen Illusionen hinzugeben, endlich einmal für die eigene Partei eintreten zu können. Es muß ihnen gesagt werden, daß SAP.-Stimmen nur dann im Parlament wirksam werden können, wenn in einem preußischen Wahlkreise 50 000 Stimmen aufgebracht werden und ein Mandat erobert wird. Für diese Mandatseroberung warten die SAP.-Anhänger in ganz Preußen auf die Stimmen im Wahlkreis 7 (Breslau), der auch die 500 Unterschriften für die Wahlvorschläge aufbringen mußte. Wer sich von den SAP.-Anhängern noch einen Funken politischer Vernunft bewahrt hat, muß sich klar sein, daß 50 000 SAP.-Stimmen im Wahlkreise Breslau eine Illusion sind.

Das Wahlergebnis vom 10. April gibt Anregungen verschiedenster Art für unsere Agitation bis zur Preußenwahl. Es bedarf nur unserer Organisationskraft, diese Anregungen bis zum 24. April mit aller Kraft zu nutzen.

Zu jedem Kaffee — ganz gleich, ob Bohnenkaffee, Malzkaffee, Kornkaffee oder selbstgeröstetes Getreide — gehört die gute Kaffeewürze Mühlen Franck. Das Kaffeegetränk bekommt dann mehr Kraft, Farbe und Wohlgeschmack und wird überdies billiger, weil man bedeutend weniger Kaffee braucht!

Otto Braun

Preußens Ministerpräsident, spricht

Donnerstag, 14. April, 20 Uhr, in der Jahrhunderthalle

Eintrittskarten zu haben für 35 Pf., reservierte Plätze für 1 und 2 Mark, im Verkehrsbüro Barasch, Volkswachtbuchhandlung und den Organisationen der Eisernen Front. Karten für Mitglieder, Rentner und erwerbslose Nichtmitglieder gegen Ausweis für 25 Pf., in der Volkswachtbuchhandlung, Büro der SPD., der Gewerkschaften und der Arbeiterbibliothek, am Büfett des Gewerkschaftshauses, Margaretenstraße 17 und im Büro des Reichsbanners, Ohlauer Straße 68. Erwerbslose Mitglieder erhalten Karten für 10 Pfennige in den Büros der Organisationen.

Die Kampfleitung der Eisernen Front für Groß-Breslau

Wie Nazis unterhalten werden

Die Unterhaltungsbeilage als Lexikon

Es geht nichts über unser Breslauer Nazibla tt. Es hat sogar eine Unterhaltungsbeilage, und weil es schließlich manchen interessiert, wie man von dieser Beilage „unterhalten" wird, sei einmal einiges registriert. Da hat sich ein gewisser Ludwig Lüttjohann in der Beilage zu einer eigenartigen Unterhaltung aufgeschwungen, die den Titel „Alphabet des Untergangs" trägt.

Der erste Absatz dieses „Unterhaltungsaufsatzes" besteht aus 22 Zeilen, in denen in furchtbaren Satzgebilden der nachfolgende Wortschatz enthalten ist:

1. Dichter und Denker des Verfalls	2. Ehrabschneider
3. Erzschelme	4. galizische Edle
5. Gauner	6. geistige Riesen d. Humanität
7. Giftmischer	8. Halunken
9. Heuchler	10. hochtrabende Polsterlümmel
11. Kurbelhebräer	12. Menschenfreunde aus Versailles
13. Mörder	14. Profitjäger
15. Ritter der Gosse	16. Sänger des Vaterlandsverrats
17. Schauspieler	18. Spitzbuben
19. triefende Lästermäuler	20. Verleumder

Das steht, wie gesagt in den ersten 22 Zeilen. Alle diese netten Titel sollen sich offenbar auf die dann in alphabetischer Reihenfolge namentlich angeführten 123 Personen beziehen, unter denen man z. B. Breitscheid neben Böß, Bebel neben dem Massenmörder Denke, Magnus Hirschfeld neben Haarmann und Heinrich Heine, Lassalle und Lenin neben [illegible] und dem Eisenbahnattentäter Matuschka aufgezählt findet.

Im letzten Absatz, der 25 Zeilen zählt, findet man dann folgende schriftstellerische Meisterleistung untergebracht:

1. Arglist	2. Bosheit
3. dickbäuchige Prahlerei	4. Diebstahl
5. Dummheit	6. Durchtriebenheit
7. Eitelkeit	8. Feigheit
9. frecher Verrat	10. Geldgier
11. Gemeinheit	12. Gewissenlosigkeit
13. Grausamkeit	14. Habgier
15. Hehlerei	16. Hinterlist
17. Hoffahrt	18. Inquisition
19. Laster	20. Lüge
21. Mißgunst	22. nackter Mord
23. Neid	24. Niedertracht
25. Phrasentum	26. Quälerei
27. Schäbigkeit	28. Schändung
29. schlotternde Zerknirschung	30. Schinderei
31. sklavische Ergebenheit	32. Teufelei
33. Todesfurcht	34. Tortur
35. unersättlicher Blutdurst	36. Verleumdung
37. Vernichtung	38. Verschwendung
39. Verworfenheit	40. Wahnsinn
41. Wollust	42. würgende Gewaltherrschaft

Das ist, wie gesagt in 25 Zeilen untergebracht, aber nicht, wie hier, nur in alphabetischer Aufzählung, sondern in „künstlerisch" gestalteten Sätzen. Wirklich eine journalistische Meisterleistung. Es wird wohl nach dieser Probe kaum jemand behaupten wollen, daß die Nazis von ihrer Zeitung mit der „Unterhaltungsbeilage" nicht „unterhalten" würden.

Parteigenossen sämtlicher städtischen Betriebe

Mittwoch, den 13. April, 20 Uhr, im Zimmer 7/8 des Gewerkschaftshauses

wichtige Versammlung

Es ist Pflicht aller Genossen der obigen Betriebe, zu der Versammlung zu erscheinen. Parteimitgliedsbuch ist als Ausweis mitzubringen.

Wochenend bei Wertheim

Im Warenhaus Wertheim ist wieder einmal eine Ausstellung eröffnet worden, die an Vielseitigkeit nichts zu wünschen übrig läßt. Unter dem Motto „Wochenend" findet man tatsächlich alles, was für sommerliche Ausflugsfahrten einfacher und exklusiver Art notwendig sein kann. Rucksäcke, Aluminiumgerätschaften aller Art, vom Trinkbecher bis zum transportablen Kocher, kleine Zelte, Badeutensilien, zweckmäßige Wanderkleidung, Faltboote, Hängematten, kurz alles, was man sich überhaupt als Ausflugsausrüstung vorstellen kann, ist in der Wertheim-Ausstellung zusammengetragen und in übersichtlichster Form zusammengestellt. Sogar ein Wochenendhaus mit kompletter Einrichtung ist aufgebaut worden und wenn es nicht wegen der Belastung des Grundstücks gewesen wäre, dann wäre sogar ein echtes Wasserbassin entstanden.

Die Wanderer und Wochenendler finden in der Ausstellung bestimmt dies und jenes, was sie brauchen und was vor allen Dingen erschwinglich ist. Wenn man weiß, welchen Besuches sich bisher alle Ausstellungen bei Wertheim erfreuten, so wird man annehmen können, daß auch „Wochenend" sehr rege besucht und mit Anregungen und praktischen Dingen wieder verlassen werden wird.

Förderung des Fremdenverkehrs tut not!

Eine Frage, die mit dem herannahenden Sommer und damit der Hauptreisezeit des Jahres ganz besondere Bedeutung gewinnt, ist der Fremdenverkehr. Reisen ist kein im Hinblick auf die allgemein schwierige Wirtschaftslage abzulehnender Luxus, es ist eine Notwendigkeit, wenn man sich vor Augen führt, wieviel Existenzen dadadurch erhalten und gefördert werden.

Dr. Barber-Breslau unternimmt es in Nummer 1 der „Ostdeutschen Wirtschafts-Zeitung" vom 8. April, die volkswirtschaftliche Bedeutung des Fremdenverkehrs herauszustellen. Behandelt werden außerdem noch besonders Wünsche der Bäder und Kurorte und schließlich die Stellungnahme der Handelskammern zum Fremdenverkehr, die ihm seit jeher ihre Aufmerksamkeit zugewendet haben. Ein weiterer Aufsatz von E. Oberbeck-Breslau bringt anläßlich der gegenwärtigen Breslauer Ausstellung grundsätzliche Ausführungen zu dem Thema „Heim und Mode". Dr. Heidrich, der Direktor der Deutsch-Polnischen Handelskammer Breslau, gibt einen Ueberblick über, welche handelspolitische Situation zu Polen aus dem am Oster-Sonnabend geschlossenen deutsch-polnischen Handelsübereinkommen entstanden ist.

Die „Ostdeutsche Wirtschafts-Zeitung", das amtliche Organ der Industrie- und Handelskammern Breslau, Görlitz, Hirschberg, Liegnitz, Sagan, die von Dr. Barber-Breslau geleitet wird, beginnt im übrigen mit der vorliegenden Nummer ihren 11. Jahrgang. Sie ist die Nachfolgerin der „Mitteilungen der Handelskammer Breslau", die im Jahre 1922 bereits 23 Jahre erschienen waren. Ein Ausblick auf die verflossenen zehn Jahre und auf wichtige wirtschaftliche Ereignisse, die ihren Widerhall in den Spalten der Zeitschrift gefunden haben, befindet sich an der Spitze der Nummer.

Briefe und Postkarten verschieben sich leicht in Drucksachensendungen

Zur Versendung von Drucksachen sind Briefumschläge mit [illegible] Ansatz an der an einer Schmalseite angebrachten Verschlußklappe empfehlenswert. Der Ansatz wird in den äußeren Schlitz des Umschlags gesteckt. Empfohlen wird, bei Versendung von Drucksachen in gewöhnlichen Briefumschlägen die Verschlußklappe nicht nach innen einzuschlagen, sondern lose über[illegible] und Drucksachensendungen mit Zeitungen vorher zu umschnüren.

Rundfunk [illegible]

Tägliche Funkvorträge [illegible]

[illegible]

Theater und Musik

Haydn: „Die Schöpfung"

Die Aufführung der Schöpfung durch den Chor der Breslauer Singakademie unter Leitung von Prof. Dr. Dohrn, war für uns der schönste Abschluß der offiziösen Haydn-Feiern. Der Meister war fast 65 Jahre alt, hatte mehr als 100 Sinfonien und etwa die gleiche Anzahl Quartette geschrieben — ganz abgesehen von seinen übrigen Kompositionen — als er an die Vertonung des eigentlich für Händel bestimmten Schöpfungstextes heranging. Daß ihm, dem Naturfreund, im hohen Alter noch eine so gewaltige Chorhymne gelang, die als die vollendetste „Synthese des Epischen und Lyrischen, des Erhabenen und Rührenden, von Natur und Mensch" gilt, mag uns als Beweis gelten für seine unerschöpfliche Phantasie, und seinen beweglichen Geist.

Das Werk ist eine dankbare Aufgabe für alle Chorvereinigungen. Die Wiedergabe durch unsere Breslauer Singakademie stand unter ganz besonders glücklichem Stern. Die Stimmen klangen in keinem Konzert dieses Winters so ausgeglichen, wie in dieser Aufführung. Wenn mich nicht alles täuscht, waren die Soprane reduziert, worauf wohl das besonders glückliche Gleichgewichtsverhältnis der Stimmen zurückgeführt werden kann. Liebevolle Ausarbeitung im einzelnen, wundervolle Abrundung der großen Teile und bemerkenswerte Sorgfalt im Tonlichen und Rhythmischen, führte zu packenden und künstlerisch wirksamen Steigerungen. Es gab ein paar überwältigende Stellen zu denen ich das Terzett mit dem Chor „der Herr ist groß", und das stürmische und doch klare „die Himmel erzählen" rechnen möchte. Die Zeitmaße erschienen mir manchmal zu schnell, da aber der Chor trotzdem fehlerfrei sang, wäre es ein Unrecht hiergegen zu protestieren.

Von den Solisten war die des Basses mit Hermann Schey (Berlin) am besten besetzt, wenngleich er auch bei einzelnen Stellen nicht über die notwendige Tiefe verfügte. Aber was stört das schon, wenn man im übrigen von der Tongebung und der hohen Auffassung des Künstlers bis ins letzte überzeugt wird. Mia Peltenburg (Zürich) erfüllte nicht die Erwartungen, die man in sie gesetzt hatte. Durch die Unruhe des Tonansatzes und einen zu [illegible] Vortrag, wurde die Wirkung ihres Singens leider entscheidend getrübt. Die [illegible], die Hans-Jürgen [illegible] vermittelte, waren recht schwach; seine Leistungen [illegible]. Sein Tenor [illegible] noch Max [illegible] Orchesters der Schlesischen Philharmonie. Zum Schluß wurden alle Mitwirkenden durch langanhaltenden, [illegible] Beifall des Publikums ausgezeichnet. p–k.

Sozialdemokratische Partei

Partei-Sekretariat:
Gewerkschaftshaus, Zimmer 167–170
Telefon Nummern 59050–59061
Geöffnet außer Sonnabend von 8–1 und 4–7 Uhr

Distrikt 33. Mittwoch, 19 Uhr, in der Wohnung des Distriktsführers Funktionärversammlung.

Distrikt 45. Donnerstag fällt unsere Frauenversammlung aus. Wir gehen alle zur Kundgebung in die Jahrhunderthalle. Treffpunkt: ¾8 Uhr Hindenburgbrücke.

Arbeitsgemeinschaft junger Sozialdemokraten

Mittwoch sprechen in unserem Gruppenabend im Zimmer 143 des Gewerkschaftshauses zwei Genossen unserer Arbeitsgemeinschaft über „Unsere Stellung zu Preußen" vom sozialistischen und staatspolitischen Standpunkt aus. Gäste wir immer herzlich willkommen.

Sozialistische Arbeiter-Jugend

Heim 4. Mittwoch werden alle Sammellisten um 19 Uhr im Jägerhof abgerechnet. Nach der Abrechnung Heimabend. Donnerstag, 6 Uhr, am Dietrank, wir gehen zur Otto Braun-Kundgebung.

Monistische Jugend

Heut ab ½20 Uhr Kampfliederabend. Die Musikgruppe um 19 Uhr zur Probe.

Freigewerkschaftliches Jugendkartell

Zentralverband der Angestellten, Jugendgruppe. Heut finden keine Heimveranstaltungen statt. Morgen, 20 Uhr, im kleinen Saale des Gewerkschaftshauses Werbeabend für Schulentlassene. Film, Musik, Rezitation. Eintritt frei. Donnerstag, den 14. April geschlossene Beteiligung an der Kundgebung der Eisernen Front in der Jahrhunderthalle. Sämtliche Burschen treten um 19,45 Uhr, in der Wandelhalle (linker Flügel), bei den Hammerschaften des Afa-Kartells an. Karten zum Preise von 10 Pf. sind bei den Funktionären und bei der Werbeveranstaltung zu haben. Freitag, den 15. fällt die Jugendfunktionärschule aus, da Jugendvolksbühnenvorstellung.

Metallarbeiterjugend. 12. April Heim 1 (Gewerkschaftshaus) „Da wackelt die Wand". Heim 2 (Friedrich-Wilhelm-Straße). „Schatten über China". Heim 3 (Seydlitzstraße). Geselligkeit.

Baugewerksjugend. 13. April Bauabend.

Buchbinderjugend. 12. April „Tagespolitische Rundschau".

Arbeitsgemeinschaft der Arbeiterkinderfreunde Breslau

Abteilung 3. Heute, Dienstag, kein Turnen. Mittwoch, 17 bis 19 Uhr, Kapelle mit Instrumenten in der Rosenschule. Alle anderen Falken um 16 Uhr auf der Bauschulwiese. Donnerstag alle Falken um 16 Uhr Bauschulwiese. Von 4 bis 5 Uhr Sparen.

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold

Geschäftsst. Breslau 1, Ohlauer Str. 68 II. · Tel. 29978

Ortsverein: Donnerstag, 20 Uhr, spricht in der Jahrhunderthalle der Preußische Ministerpräsident Otto Braun. Die Fahnen stehen um 19,15 Uhr im nördlichen Wandelgang der Jahrhunderthalle. Karten bei den Funktionären zu haben.

Vollmusik. Heut, 19,30 Uhr, Ueben im Jägerhof.

Spielmannszug Nord und Ost. Sämtliche Kameraden erscheinen morgen zum Ueben.

Radfs Abteilung Ost, West und Nord. Sonnabend Antreten aller Radfahrer 18,30 Uhr am Gewerkschaftshaus.

Radfs Süd. Sonnabend im Jägerhof bunter Abend. Mittwoch im Schillerstübel, Schillerstraße. Abrechnung sämtlicher verkauften Karten.

Banner 8 (Braun). Heut, 20 Uhr, bei Hanke, Bergstraße 15, Zug- und Gruppenführersitzung.

Jungbanner Ost (Daimling). Heut Heimabend mit Kamerad Alexander.

Jungbanner Süd (Frank). Heut treffen wir uns 20 Uhr mit festem Schuhwerk im Heim.

Vortrupp Nord. Heut Heimabend.
Vortrupp Ost. Heut Heimabend.
Vortrupp Süd. Heut Heimabend.
Vortrupp West. Heut Heimabend.

Konzerte · Theater · Vergnügungen

Breslauer Volksbühne e. V. Der Kammermusik-Abend des Hennig-Quartetts findet am Mittwoch, den 27. d. Mts., im Kammermusiksaal statt (nicht am 20., wie in „Kunst und Volk" bekannt gegeben wurde). Der Kartenvorverkauf hat bereits begonnen. Karten für Mitglieder zum Einheitspreis von 1 Mark in der Geschäftsstelle der Volksbühne, Schweidnitzer Straße 8a, für Nichtmitglieder um Preise von 2 und 3 Mark auch bei Hainauer.

Lobetheater. Obwohl sich das anhaltend große Interesse für Gerhart Hauptmanns neuestes Schauspiel „Vor Sonnenuntergang" durch starke Nachfrage und allabendlich sich steigernden Beifall kundgibt, können Wiederholungen nur noch täglich 20,15 Uhr bis einschließlich Freitag stattfinden.

Thaliatheater. Das allabendlich mit durchschlagendem Erfolg aufgenommene Stück „Die Waterloo-Brücke" von Robert E. Sherwood — deutsch von Heinrich B. Kranz — gelangt noch täglich 20,15 Uhr bis einschließlich Freitag zur Aufführung.

Stadttheater (Opernhaus). Heute, Dienstag, 19,30 Uhr, (Abonnements-Vorstellung E 14) „Lais". Musikalische Leitung: Dr. Herbert Lindner. Dann: „Der Barbier von Bagdad" Musikalische Leitung: Ernst Hoffmann. Morgen, Mittwoch, 20 Uhr, die mit stürmischem Beifall aufgenommene Oper von Flotow „Alessandro Stradella". Donnerstag, 20 Uhr, (Abonnements-Vorstellung D 15) „Die Welt auf dem Monde", komische Oper von Haydn. Freitag, 20 Uhr, „Tiefland". Sonnabend, 18 Uhr „Die Meistersinger von Nürnberg".

Gewerkschaftshaus-Lichtspiele

Nur noch bis Donnerstag der große Harry-Piel-Film „Bobby geht los". Ein Film, der das Publikum beinah von der ersten bis zur letzten Szene gefangen nimmt. Spannung, Tempo, schöne Frauen. Der Film ist für Jugendliche verboten.

Im Beiprogramm: Emelka-Tonwoche; die geheimnisvolle Uhr; Freund [illegible]

Das gesamte Wochenprogramm besteht nur aus Tonfilmen. Der Weg ins Gewerkschaftshaus wird Sie bei einem [illegible] gezeichneten Programm bestimmt nicht reuen.

Vorschau.

Ab kommenden [illegible] täglich: „Mädchen in Uniform". Der beste Film [illegible] die Presse bei der Uraufführung.

Achtung! Wir weisen heute schon darauf hin, daß am kommenden Sonntag keine Kinder-Vorstellung ist, da der Film [illegible] ist.

[illegible] die Firma [illegible] Kostümen [illegible] Nachmittags- [illegible] französischen [illegible] Silber- [illegible] hatte man [illegible] gelangt sind.

Das nennt man nationale Außenpolitik

A. Kr. Die Londoner Viermächtekonferenz über das Problem der Donauföderation ist gescheitert. Sie ist deshalb ergebnislos verlaufen, weil Deutschland und Italien den französischen Standpunkt nicht annehmen zu können glaubten und weil andererseits die französische Regierung, insbesondere Tardieu, der Meinung war, daß der deutsche Gegenvorschlag, dem sich Italien angeschlossen hatte, für sie unannehmbar sei. Jedenfalls ist aber auf diese Weise, zum mindesten zunächst, verhindert worden, daß Frankreichs Plan, fünf der sieben Donauländer zu einer Wirtschaftsföderation, von der sowohl Deutschland als auch Bulgarien ausgeschlossen sein sollten, Wirklichkeit wird. Ohne hier bereits zu dem Standpunkt der Reichsregierung in dieser Frage Stellung nehmen zu wollen, aber auch ohne uns mit ihm ohne weiteres zu identifizieren, müssen wir feststellen, daß das vom Standpunkt der Reichsregierung insofern ein Erfolg ist, als wenn auch ihre eigene Auffassung ebenfalls nicht durchgedrungen ist, doch auch der Standpunkt der Gegenseite nicht durchzudringen vermochte, also wenigstens vorläufig Tardieus Projekt mit Erfolg gehandikapt wurde.

Das hindert nun freilich nicht, daß die deutschen Rechtskreise daraus eine deutsche außenpolitische Niederlage machen, indem sie ganz einseitig die Nichtannahme der Gegenvorschläge der deutschen Reichsregierung durch die Konferenz hervorheben, das Scheitern von Tardieus Plänen aber unterschlagen. Dabei ist, wenn schon von einem Mißerfolg auch Deutschlands gesprochen werden soll, was zweifellos der ganzen Sachlage nach unberechtigt ist, der Mißerfolg Deutschlands jedenfalls wesentlich geringer als der Tardieus. Denn Tardieu und die französische Regierung waren es, die etwas unternommen und einen neuen außenpolitischen Plan verfolgt hatten und dieser ihr Plan ist vorerst vollständig gescheitert, während eine Aktion Deutschlands ja ursprünglich garnicht vorlag, also auch garnicht scheitern konnte, sondern Deutschlands Aufgabe lediglich darin bestand, die Verwirklichung eines für es sowohl politisch als auch wirtschaftlich gefährlichen Plans (nach Auffassung der Reichsregierung) zu verhindern, was gelungen ist. Wer also den Standpunkt der Reichsregierung in dieser Frage teilt, der muß auch anerkennen, daß sie in dieser Frage durchaus erfolgreich war. Kritik kann an den Ergebnissen ihrer Politik nur üben, wer ihren Standpunkt nicht teilt.

Hier sind nun drei Möglichkeiten gegeben: die eine ist, daß man den Standpunkt der Reichsregierung in vollem Umfange teilt, also sowohl ihre Ablehnung des Plans Tardieus als auch die deutschen Gegenvorschläge; die andere ist, daß man zwar die Ablehnung des Plans Tardieus billigt, nicht aber Deutschlands Gegenvorschläge und die dritte ist, daß man beides ablehnt. Auf dem letzteren Standpunkt steht die Rechtsopposition nicht, denn sie billigt zum mindesten die Ablehnung des Plans Tardieus durch die Reichsregierung. Tut sie das aber, so ist es unmöglich, in dem Ergebnis der Londoner Konferenz eine Niederlage Deutschlands zu sehen, denn in dieser Beziehung hat die Reichsregierung in vollem Umfange ihr Ziel (wenigstens vorerst) erreicht. Will man also von einem Mißerfolg der deutschen Regierung reden, so muß man sich auch ihre Gegenvorschläge, die durchzusetzen der deutschen Regierung nicht gelang, zu eigen machen, d. h. man muß auf dem Boden der ersten der drei Möglichkeiten stehen. Das bedeutet aber, daß, wenn die deutschen Rechtsparteien mit dem Erfolg der Reichsregierung in London unzufrieden sind, diese, die Nazis sowohl als auch die Deutschnationalen, auch auf dem Boden der deutschen Gegenvorschläge stehen müssen. Die Gegenvorschläge bestanden darin, daß Deutschland sich dazu bereit erklärte und von den anderen beteiligten Großmächten Frankreich, England und Italien verlangte, daß sie alle zusammen, um den Donauländern zu helfen, diesen für ihre Agrarprodukte Vorzugszölle einräumen, ihnen also ihre bisher zum großen Teil unabsetzbaren Agrarprodukte zu für sie erträglichen Preisen abnähmen. Wenn also die Rechte von Deutschlands Mißerfolg in London spricht, wie es zurzeit wieder in der gesamten Rechtspresse mit starken Ausdrücken geschieht, so müssen die deutschen Rechtsparteien auch bereit sein, diese Handelspolitik gegenüber den südosteuropäischen Großstaaten zu treiben und zugleich anzuerkennen, daß diesen Ländern um der deutschen Wirtschaft selbst willen, um sie nämlich zur Abnahme deutscher Industrieprodukte kaufkräftig zu machen, baldige und umfassende Hilfe zuteil werden muß.

Ueberraschenderweise ist dem aber tatsächlich keineswegs der Fall. Wenigstens teilt die „Schlesische Zeitung“, die selbst in starken Worten von Deutschlands Niederlage in London spricht, in ihrer Sonnabendmorgen-Ausgabe einen Beschluß des „Schlesischen Landbundes“ vom 7. April mit, der folgenden Wortlaut hat:

„Nach offiziösen Presseberichten hat der deutsche Delegierte, Staatssekretär von Bülow, bei der Donaukonferenz in London den Auftrag, den einzelnen Donauländern bestimmte Vorzugszölle für die Abnahme ihrer Erzeugnisse zu gewähren, und zwar Industrie- oder Agrarvorzugszölle, je nach der Struktur des betreffenden Donaustaates.

Da die Donaustaaten überwiegend Agrarstaaten sind und auf Grund ihrer schlechten Valuta und geringen Belastung wirtschaftlich in der Lage sind, die landwirtschaftlichen Erzeugnisse zu erheblich billigeren Kosten zu produzieren, so besteht die große Gefahr, daß die bevorstehenden Abmachungen wieder einmal auf Kosten der deutschen Landwirtschaft zustande kommen. Die landwirtschaftlichen Produkte der Donaustaaten sind vor allem Brotgetreide, Vieh und Viehprodukte, Holz und Süßwasserfische. Die letzten 4 Erzeugnisse liegen aber in Deutschland durchweg unter Friedenspreis und erbringen nicht annähernd die Erstehungskosten. Das Brotgetreide konnte bisher nur künstlich durch zoll- und handelspolitische Maßnahmen auf einer Preishöhe gehalten werden, die die Erzeugungskosten deckte und eine bescheidene Rente abwarf. Ein weiterer Preissturz ist also bei sämtlichen genannten Produkten dringend zu befürchten.

Der Schlesische Landbund hat gelegentlich der Osthilfemaßnahmen immer wieder darauf hingewiesen, daß alle Gelder, die zur Gesundung der östlichen Landwirtschaft verwandt werden, weggeworfen sind, wenn nicht gleichzeitig die Grundlagen für die Rentabilität der landwirtschaftlichen Arbeit hergestellt werden. Vorstand und Vertreterversammlung warnen daher mit schärfstem Nachdruck davor, das unhaltbare Preisniveau durch handelspolitische Abmachungen noch weiter herunterzudrücken, da schon jetzt starke Anzeichen dafür vorhanden sind, daß der Umfang der landwirtschaftlichen Produktion infolge der Preisverhältnisse rapide abnimmt.“

(Sperrungen wie im Original in der „Schlesischen Zeitung“)

Ohne uns heute schon über die sachliche Berechtigung dieses Beschlusses vom Standpunkt der deutschen Landwirtschaft aus (die wir zumindesten nicht voll bejahen können) zu äußern, mag noch festgestellt werden, daß, wenn die Rechtsparteien wirklich auf dem Boden dieses Beschlusses des „Schlesischen Landbundes“ stehen, wenn sie also die deutschen Gegenvorschläge inhaltlich ablehnen, es unmöglich für sie wird, noch weiter von einer deutschen Niederlage in London zu sprechen, denn dann müssen sie sich geradezu darüber freuen, daß die deutschen Vorschläge keine Annahme gefunden haben; dann hat Tardieu ihnen ja geradezu mit seiner Ablehnung der deutschen Vorschläge den größten Gefallen erwiesen. Dann ist also das ganze Geschrei der Rechten über Deutschlands angebliche Niederlage in London sachlich völlig sinnlos, ja sie erweist sich geradezu als erlogen. Es zeigt sich wieder einmal, wie widerspruchsvoll in sich und unehrlich die Außenpolitik der deutschen Rechten bzw. die Kritik der deutschen Rechten an der deutschen Außenpolitik ist, zumal die Rechtspresse es zunächst durchaus gebilligt hat, daß die Reichsregierung dem Plane Tardieus solche andere Vorschläge entgegensetzte.

Aber auch etwas anderes ergibt sich daraus. Nämlich, daß es durchaus unehrlich und verlogen ist, wenn die deutsche Rechte dauernd nach einer Hilfsaktion für die südosteuropäischen Agrarstaaten, insbesondere für Ungarn und Oesterreich schreit. Denn für diese Hilfe gibt es nur zwei Möglichkeiten: entweder die Ausführung des Planes Tardieus auf Schaffung einer großen, südosteuropäischen Wirtschaftsföderation oder eben die Durchführung der handelspolitischen Maßnahmen der großen europäischen Industriestaaten, die die deutsche Reichsregierung in London in Vorschlag gebracht hat. Wenn man beides ablehnt, dann will man eben Ungarn und Oesterreich überhaupt nicht helfen. Denn man kann ihnen nur helfen, wenn man ihnen Absatzmöglichkeiten für ihren agrarischen Produktionsüberschuß verschafft. Mit anderen Worten: der Beschluß des „Schlesischen Landbundes“ und seine Anerkennung durch die deutschen Rechtsparteien bedeutet die Verweigerung jeder Hilfeleistung für Ungarn und Oesterreich durch Deutschland.

Das gilt auch für die dritte Möglichkeit Ungarn und Oesterreich zu helfen, die allenfalls noch gegeben wäre: die deutsch-österreichisch-ungarische Zollunion, die die Durchführung des vorjährigen, inzwischen gescheiterten Planes der Herren Brüning-Curtius, den die deutsche Rechte mit aller Kraft bis zuletzt verteidigt hat. Denn eine solche Zollunion würde in noch viel höherem Maße, als die von der Reichsregierung jetzt vorgeschlagenen Vorzugszölle, die Bereitwilligkeit bedeuten zum freien Hineinlassen der ungarischen, österreichischen, und wenn die Zollunion, wie vorgesehen war, auf weitere Länder ausgedehnt wird, jugoslawischen usw. Agrarprodukte auf dem deutschen Innenmarkt, was der Landbund jetzt so hastig ablehnt. So bedeutet der Beschluß des Landbundes auch eine nachträgliche Verwerfung des Planes einer deutsch-österreichischen Zollunion und das nachträgliche Eingeständnis, daß die deutsche Rechte auch ihren Kampf für diese Zollunion nicht ehrlich gemeint hat. Und das nennt die deutsche Rechte dann „nationale Außenpolitik“.

Der Eindruck im Ausland

Paris, 11. April (Eigener Funkbericht).

Die Wiederwahl Hindenburgs wird von der Pariser Presse einstimmig begrüßt, ohne daß man von ihr eine Abschwächung der außenpolitischen Forderungen Deutschlands erwartet. Zahlreiche Zeitungen, so vor allem die der Rechten, finden das weitere Anwachsen der Nazistimmen beunruhigend und legen in ihren Kommentaren das Hauptgewicht auf die Erklärung dieser Tatsache, aus der sie zum Teil ganz falsche Schlüsse ziehen.

Das radikale „Oeuvre“ urteilt: „Hindenburg hat gegen Hitler und Thälmann seine Mehrheit vergrößert. Die Stimmen der nationalsozialistischen, nationalistischen und kommunistischen Opposition sind nicht geringer geworden, aber sie haben sich anders verteilt.“

Der sozialistische „Populaire“ erklärt: Hitler ist geschlagen, aber er hat die Zahl seiner Stimmen, dank der Unterstützung der monarchistischen und kommunistischen Stimmen, erhöht. Das ist eine Schande für den Bolschewismus. Andererseits hat die antifaschistische Front ihre Stimmenzahl dank der Tatsache erhöht, daß ein Teil der Kommunisten sich der Vormundschaft ihrer Partei entledigt hat. Sie beginnen klarer zu sehen und nähern sich ihren sozialistischen Brüdern.“

Der offiziöse „Petit Parisien“ schreibt: „Aus der gestrigen Wahl ergebe sich die doppelte Moral: einerseits sei das Prestige Hindenburgs bei den Deutschen aufrechterhalten, die klug sind und das Gleichgewicht wünschen, andererseits habe Hitler einen Einfluß auf eine unruhige und nach Neuem begierige Jugend genommen.

Von den Rechtsblättern sagt das „Echo de Paris“: „Hindenburg ist zum Reichspräsidenten wiedergewählt, aber in einer Art, daß Hitler aus diesem zweiten Zusammentreffen mit erhöhtem Prestige hervorgeht“. (?) Das „Journal“ erklärt: „Hitler kann verkünden, daß er am 10. April einen bedeutenden moralischen Sieg errungen hat. (?) Wundern wir uns also nicht, wenn die Preußenwahlen durch einen neuen Sieg der Haß- und Revanche-Partei gekennzeichnet sind. Mehr als je bleibt Hitler ein Mann, mit dem man rechnen muß.“

Newyork, 11. April. (Eigener Funkbericht.)

Die Wahl Hindenburgs zum Reichspräsidenten findet in Amerika trotz des im ganzen [illegible]. Die Zunahme der Hitlerstimmen hat überrascht. Sie wird neben der Auffangung der Stahlhelm-Stimmen mit teilweisem kommunistischen Zulauf erklärt. Die Zeitungen heben die [illegible] des deutschen Volkes gegen den Faschismus und die musterhafte Disziplin der Sozialdemokraten hervor, die das Rückgrat des Kampfes gegen Hitler bildeten.

[illegible], 11. April (Eigener Drahtbericht).

Der sozialistische „Peuple“ schreibt zu dem Ausgang der Präsidentenwahlen, daß mit ihm die Phase der deutschen Ungewißheit noch nicht ihren Abschluß gefunden habe. Auch könne man nicht mit Bestimmtheit sagen, wohin die [illegible] gehe; [illegible] bei den Wahlen in Preußen und den anderen Ländern neue und größere Fortschritte machen sollten.

Den [illegible] Rückgang der kommunistischen Stimmen hält der „Peuple“ für die bemerkenswerteste Erscheinung der Wahl. Er zeige zunächst, daß die Kommunisten ebensowenig wie die Nationalsozialisten von dem sozialdemokratischen Block sich nur den linksten Splitter abbröckeln konnten. Andererseits beweise das Ergebnis verschiedener Wahlkreise, daß ein erheblicher Teil der kommunistischen Wähler für Hitler gestimmt haben müsse, was ebenso bezeichnend wie lehrreich sei. Jedenfalls zeige das Zahlenverhältnis zwischen den Thälmann- und Hitlerstimmen deutlich, daß auf die Kommunisten als ernsthafte Gegner gegen den Faschismus in Deutschland nicht zu rechnen sei.

Amsterdam, 11. April. (Eig. Drahtbericht.)

Die Wiederwahl Hindenburgs wird in der gesamten holländischen Presse mit großer Genugtuung aufgenommen.

Das Amsterdamer Organ der Sozialdemokratie bezeichnet die Wahl als eine Lektion für diejenigen, die noch immer die Neigung haben, die Kommunisten als einen extremistischen Flügel des Sozialismus zu betrachten. Der Kommunismus außerhalb Rußlands sei eine Politik proletarischer Entartung, nichts weiter, daher auch die Verwandtschaft mit dem Nationalsozialismus. Den Großfürsten des Kapitalismus sei es nicht geglückt, ihrem Handlanger Hitler den Weg zur Macht freizumachen. Nun müsse man ein Durchgreifen von Severing, eine Entmaskierung der Hitlerschen Putschpläne und am 24. April die Wahlen in Preußen abwarten.

Hindenburg dankt für seine Wiederwahl

Reichspräsident von Hindenburg erläßt aus Anlaß seiner Wiederwahl folgende Kundgebung an das deutsche Volk:

„Mit Dank für das mir von dem deutschen Volke erneut bekundete Vertrauen und mit dem Gelöbnis, auch weiterhin mit meiner ganzen Kraft dem Vaterlande und dem deutschen Volke zu dienen, nehme ich die auf mich gefallene Wiederwahl zum Reichspräsidenten an. Getreu meinem Eide werde ich mein Amt weiterführen im Geiste der Ueberparteilichkeit und der Gerechtigkeit mit dem festen Willen, unserem Vaterland zur Freiheit und Gleichberechtigung nach außen, zur Einigung und zum Aufstieg im Innern zu verhelfen.

An alle deutschen Männer und Frauen aber, an diejenigen, welche mir ihre Stimme gaben, wie an die, welche mich nicht gewählt haben, richte ich die Mahnung: Laßt nun den Hader ruhen und schließt die Reihen! So wie schon einmal bei meinem Amtsantritt vor sieben Jahren fordere ich auch heute unser ganzes deutsches Volk zur Mitarbeit auf. Die Zusammenfassung aller Kräfte ist notwendig, um der Wirrnisse und Nöte unserer Zeit Herr zu werden. Nur wenn wir zusammenstehen, sind wir stark genug, um unser Schicksal zu meistern. Darum: In Einigkeit vorwärts mit Gott!

Berlin, den 11. April 1932. von Hindenburg.“

Das Urteil im Scheringer-Prozeß

Leipzig, 11. April (Eigener Drahtbericht).

Im Leipziger Hochverrats-Prozeß gegen den früheren Reichswehroffizier Scheringer fällte das Reichsgericht am Montag folgendes Urteil:

„Der Angeklagte wird wegen fortgesetztem Verbrechen der Vorbereitung des Hochverrats in Tateinheit mit fortgesetztem Vergehen gegen § 4 Ziffer 1 des Republikschutzgesetzes zu einer Festungshaft von 2 Jahren 6 Monaten kostenpflichtig verurteilt. Auf die Strafe werden 6 Monate Untersuchungshaft angerechnet. Die Broschüren und Flugblätter werden beschlagnahmt, und die ihnen zugrunde liegenden Platten unbrauchbar gemacht.

Die Mächte klagen gegen Litauen

Amsterdam, 12. April (Eigener Funkbericht).

England, Frankreich, Italien und Japan haben am Montag bei dem ständigen Internationalen Gerichtshof im Haag ein Verfahren gegen die litauischen Regierung in der Angelegenheit des Memelkonfliktes eingeleitet. In ihrer Klage unterbreiten die vier Regierungen dem Haager Gerichtshof sechs Fragen zur Stellungnahme. Diese Fragen beziehen sich u. a. auf die Absetzung des Präsidenten des Direktoriums des Memellandes, seine Ablösung durch den neuen Präsidenten, sowie die von der litauischen Regierung verfügte Auflösung des Landtages.

Breslauer Produktenbörse vom 11. April 1932

Amtliche Notierungen der Breslauer Produktenbörse vom 8. April 1932. An der Börse im Großhandel gezahlte Preise für volle Wagenladungen (Oelsaaten in kleinen Mengen) in Reichsmark, bei sofortiger Bezahlung. Nur für Kartoffeln gilt der Erzeugerpreis.

Weizen, Roggen, Hafer und Gerste . . . für 1000 kg = 1 Tonne } frachtfrei
Oelsaaten, Hülsenfrüchte, Futtermittel, Mehl „ 100 kg } Breslau
Sämereien . . . . „ 50 kg
Kartoffeln, Rauhfutter . . . . „ 50 kg ab Erzeugerstation

Tägliche Amtliche Notierungen.

Getreide	11.	9.	
Weizen (schlesischer)			
Hektolitergewicht von 74,5 kg Durchschn. Qual., gesund und trocken	258.00	258.00	Die Preise verstehen sich per 1000 kg waggonfrei Breslau in voll. 15 Tonnen ladungen
Hektolitergewicht von 78,0 kg gut, gesund und trocken	262.00	262 00	
Hektolitergewicht von 72,0 kg trocken für Müllereizwecke verwendbar	248 00	248.00	
Sommerweizen, hart, glasig, 80 kg . . .	264 00	264.00	
Roggen (schlesischer)			
Hektolitergewicht von 71,2 kg Durchschn. Qual., gesund u. trocken	210.00	210.00	
Hektolitergewicht von 72,5 kg gut, gesund und trocken	—.—	—.—	
Hektolitergewicht von 69,0 kg trocken für Müllereizwecke verwendbar	206.00	206.00	
Hafer, mittlere Art und Güte	162.00	162.00	
Braugerste, feinste	196.00	196.00	
„ gute	190.00	190.00	
Sommergerste, mittlere Art und Güte . .	187.—	187.00	
Wintergerste, 63-64 kg	—.—	—.—	

Industriegerste, 65 kg 187.00
Tendenz: Abwartend.

Amtliche Notierungen für Mühlenerzeugnisse

	11.	9.		11.	9.
Weizenmehl (70%)	33.75	[illegible]	Auszugsmehl . . .	41.75	41.75
Roggenmehl (70%)	30.50	30.50			

Tendenz: Ruhig.

Oelsaaten	11. 4.	7. 4.		11. 4.	7. 4.
Mittl. Art und Güte			Senfsamen . .	19.00	19.00
			Hanfsamen . .	25.00	25.00
Winterraps . .	17.00	17.00	Blaumohn . .	[illegible]	61.00
Leinsamen . .	21.00	21.00			

Tendenz: Freundlich.

Kartoffeln

Speisekartoffeln (ab Erzeugerstation) gelbe 1.90, rote 1.70, weiße 1.50. Fabrikkartoffeln ab Verladestation für das Prozent Stärke [illegible]. Tendenz: Ruhig. Zum Export geeignete, besonders [illegible] Kartoffeln werden höher bezahlt.

Wasserstand

	12. 4.	11. 4.		12. 4.	11. 4.
Ratibor	[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]	4.15
Neiße (Stadt)	[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]	2.35
Cosel (Unt.-Pegel)	2.20	[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]
Brieg (Stadtpegel) . .	3.14	3.45	[illegible]	1.65	
Dyhernfurth	2.62	2.06	[illegible] 47,3		

Wallensteins-Lager im Gerichtssaal

„Zufällige“ Besuche bei Graf Pückler

Die in Brieg erscheinende „Volkszeitung“ berichtet über eine Schnell-Gerichtsverhandlung vor dem Amtsgericht Brieg, zu der 49 „rauhe“ Kämpfer des Dritten Reiches im Schwurgerichtssaale mit gepacktem Tornister, Decke, Brotbeutel, Feldflasche und brauner Uniform aufmarschierten.

Den Angeklagten wurde zur Last gelegt, unangemeldete Umzüge in einheitlicher Kleidung, feldmarschmäßig ausgerüstet veranstaltet und sich zu diesem Zwecke am Sonntag, den 3. April in Friedland OS. zu militärischen Uebungen getroffen zu haben. Dem Oppelner Sicherheitsdienst wehte ein günstiger Wind einen Geheimbefehl der dortigen Nazileitung auf den Tisch, der zur Bildung von Propagandastürmen aufforderte. Als darauf Meldungen einliefen, die besagten, daß die Nazis in Friedland **auf den Gütern des Grafen Pückler** Mannschaften zusammenziehen, wurden diese zunächst unauffällig beobachtet und dabei festgestellt, daß hier **ein regelrechter Ausbildungslehrgang** stattfand. Unter Führung des Schmiedemeisters Soßna aus Neiße waren etwa 70 Nazis mit Rädern angetreten. Nachdem die ganze Kolonne photographiert war, wurde ihnen der Eid abgenommen und darauf in Gruppenordnung im Gutshofe herummarschiert. Besonderen Wert legte man auf die Ausbildung der Radfahrer, die nach militärischen Kommandos auf- und absitzen mußten und in geschlossenem Zuge Schwenkungen und dergleichen vornahmen. Auch ein Spielmannszug in Stärke von 10 Mann fehlte nicht, der sich aus Leuten aus Neiße zusammensetzte. Gegen 1 Uhr mittags setzte sich die ganze Kolonne in Bewegung, zunächst 3 bis 4 Mann in gewissen Abständen. Kurz vor den einzelnen Dörfern sammelte man sich aber wieder, zog lärmend durch die Straßen, Zettel wurden geklebt, Flugblätter wurden verteilt und Ansprachen gehalten.

Der Zug, der dauernd von Beamten beobachtet wurde, übernachtete in Heidersdorf, wo ein herbeigerufenes Ueberfallkommando die Namen der Teilnehmer feststellte. Der Führer Soßna wurde verwarnt, weiterhin Umzüge zu veranstalten, da sonst Verhaftung zu gewärtigen wäre, worauf man eine neue Taktik einschlug, indem man auf verschiedenen Wegen zu dem nächsten Dorfe fuhr. Aber auch dort wurden mit Musik Umzüge veranstaltet, Flugblätter verteilt und Zettel geklebt. Daraufhin erhielt das Ueberfallkommando den Befehl die politischen Zigeuner festzunehmen und dem Gericht vorzuführen.

Der Schwurgerichtssaal in Brieg, dem nächstgelegenen Gericht, glich bald darauf einem großen Heerlager. Die Angeklagten waren in voller Ausrüstung erschienen und machten von dem Rechte des Schwindelns ausgiebigst Gebrauch. Alle wollen **nur ganz zufällig nach Friedland gekommen** sein. Der eine war auf Arbeitssuche (mit gepacktem Tornister, Kartentasche und brauner „Schützenschnur“); der andere wollte auf Wanderschaft gehen — ebenfalls mit Tornister und Trommel. Der nächste besuchte seine Braut — und bewaffnete sich mit einer Pfeife. Wieder einer wollte sich **bei seinem Pg. Graf Pückler nur einmal sattessen; es war alles beinahe so harmlos wie in Jäschkowitz.**

Die Verhandlung zeigte deutliche Parteinahme des Vorsitzenden für die Hitlerschen Soldknechte. Staatsanwaltschaftsrat Haube trägt in seiner Anklage vor, daß die Angeklagten durch ihre Kleidung unter das Uniformverbot fallen. Der Führer Soßna erwidert: **„Das ist eine Lüge“**, ohne einen Verweis des Vorsitzenden. „Die Beamten haben uns bespitzelt, provoziert, nicht in Ruhe gelassen, sie haben sich benommen wie die Kosaken.“ Alle diese Ausdrücke bleiben ungerügt. Während der Zeugenaussagen brechen die Angeklagten wiederholt in lautes Lachen aus; mit Nachsicht wurde darüber hinweggegangen. Wiederholt mußte der Staatsanwalt den Vorsitzenden auf die Prozeßordnung aufmerksam machen. Als der Angeklagte S. einen anderen Zeugen der Unwahrheit beschuldigt, erfolgt keine Zurechtweisung durch den Vorsitzenden und der Zeuge muß sich selbst gegen die Anrempeleien verwahren. Ueberdies hielt es der Vorsitzende, Landgerichtsrat Brazator, für angebracht, von dem **„Volkshelden Hitler“** und den „guten SA.-Leuten“ zu sprechen.

Der Staatsanwalt beantragte gegen S. 4 Monate Gefängnis, alle anderen sollen mit 10 Mark Geldstrafe, eventuell 2 Tagen Gefängnis davonkommen. Der Verteidiger hielt eine glänzende Wahlrede für Hitler und beschuldigte die Staatsanwaltschaft, die Angeklagten ihren zuständigen Richtern entzogen zu haben. Die Polizei habe die harmlosen Parteigenossen — die ganz „zufällig“ aus verschiedenen Kreisen den Grafen Pückler besuchten — zusammengetrieben, und die Staatskasse müsse jetzt für alle Schäden aufkommen.

Der Einzelrichter verneint natürlich den Verstoß gegen das Umzugsverbot und verurteilt die Angeklagten nur wegen der einheitlichen Kleidung zu je 10 Mark, den Führer Soßna zu 50 Mark Geldstrafe. Nur die Trommeln, Pfeifen und die Fahne werden eingezogen.

Mutter und Kind getötet

Sie wollten unter der Bahnschranke durch

An der Eisenbahnstrecke Breslau—Kamenz, zwischen der Blockstelle Schlause und der Station Alt-Altmannsdorf wurden die 38jährige Gutsbesitzersfrau Hühnert und ihr sechsjähriges Töchterchen von einem Personenzuge erfaßt und sofort getötet.

Frau Hühnert war ihrem erst vor einigen Tagen in die Schule eingetretenen Töchterchen entgegengegangen und befand sich mit ihrem Kinde und noch einem anderen Kinde aus dem Dorfe auf dem Heimweg. Trotzdem die Bahnschranke schon geschlossen war, glaubte sie wahrscheinlich die Gleise noch rechtzeitig vor dem Zuge überschreiten zu können und ging mit den Kindern unter der Schranke durch. Infolge des herrschenden Sturmes mag sie wohl das Herannahen des nach Breslau fahrenden Mittagszuges überhört haben, der im selben Augenblick mit großer Geschwindigkeit heran kam. Die Frau und ihr Kind wurden von der Lokomotive erfaßt und zur Seite geschleudert, beide müssen sofort tot gewesen sein. Das andere Kind war ohne Schaden über die Gleise gekommen.

Ueberfall auf Reichsbannerleute

In Liebichau Kreis Waldenburg, wurden zwei Reichsbannerleute am Wahlsonntag von vier Nationalsozialisten überfallen und mit Messern und Schlaginstrumenten bearbeitet. Die Reichsbannerleute trugen schwere Stich- und Hiebverletzungen davon, so daß sie in ein Krankenhaus überführt werden mußten. Die Täter bekannte Nationalsozialisten aus Liebichau und Nieder-Salzbrunn wurden verhaftet. In ihrer Wohnung wurden mehrere Hieb- und Stichwaffen gefunden.

In den Senkschacht gestürzt

Auf dem Titusschacht der Davidgrube im Waldenburger Revier stürzte der Schlepper Franz Pietsch aus Ober-Waldenburg in einen Senkschacht. Dabei erlitt er derart schwere Verletzungen, die nach kurzer Zeit den Tod des Verunglückten herbeiführten.

Liebesdrama in Gleiwitz

In das Gleiwitzer Krankenhaus wurde ein Liebespaar unter starken Vergiftungserscheinungen eingeliefert. Während das Mädchen auf dem Wege zum Krankenhaus verstarb, erholte sich der Mann wieder, so daß bei ihm keine Lebensgefahr mehr besteht. Der Beweggrund zur Tat steht noch nicht fest.

Landeshut. Falscher Verdacht. Ein hier verhafteter Brandstifter Kramer aus Landeshut, hatte den mitverhafteten kommunistischen Arbeiter Bischof beschuldigt, daß er ihn durch Versprechen einer Belohnung zu dem Verbrechen angestiftet habe. Nachdem sich jedoch ergeben hat, daß diese Beschuldigungen unzutreffend sind, wurde Bischof auf Veranlassung des Oberstaatsanwalts in Hirschberg aus der Haft entlassen. Wie verlautet, wird Bischof für unschuldig erlittene Untersuchungshaft eine Entschädigung erhalten.

Malle bei Oppeln. Genickstarre wurde hier bei einer Familie festgestellt. Der Kreisarzt ordnete, um eine Weiterverbreitung der gefährlichen Krankheit zu verhüten, besondere Isolierungsmaßnahmen an.

Kattowitz. Freitod aus Furcht vor Rache. Im Walde bei Kochlowitz wurde der 59 Jahre alte Johann Bartoschek an einem Baume erhängt aufgefunden. Er hatte am 26. März im Verlaufe eines tätlichen Streites den Arbeiter Felix Josz getötet und fürchtete sich nun vor der Rache des Vaters.

Radzionkau. Der hiesige polnische Grenzschutzposten hat einen deutschen Personenkraftwagen angehalten und in ihm Schmugglerwaren gefunden, deren Gesamtwert auf 18 000 Zloty angegeben wird. In dem Wagen waren 110 Kilogramm Rosinen, ferner Mandeln, Seidenwaren, 10 Kilogramm Vanille, 5 Kilogramm Zündsteine für Feuerzeuge und Ersatzteile für Taschenuhren sowie sonstige Gegenstände versteckt. Der Besitzer des Wagens und sein Begleiter wurden verhaftet.

Richtiggestellte Verleumdungen

Wochenpresse und SAZ. gegen sozialdemokratischen Gemeindevorsteher

Wir haben uns bereits in einer Replik mit den lächerlichen und verleumderischen Angriffen der Spalterzeitung gegen die sozialdemokratischen Landtagskandidaten Genossen Janotta und Kleinert beschäftigen müssen. Wie uns ergänzend mitgeteilt wurde, hat auch der „Schlesische Herold“, eines der nunmehr aussterbenden Breslauer Wochenblätter, die Verleumdungen gegenüber dem Genossen Kleinert als saftige Sensation für räsonierende Spießbürger wiedergegeben.

Da unsere Leser und die Einwohner der Gemeinde Klettendorf, deren Arbeitermehrheit von gewissen SAP.-Politikern anscheinen als vordringlichstes Angriffsobjekt angesehen wird, den „Schlesischen Herold“ schwerlich zu Gesicht bekommen, geben wir nachstehend die preßgesetzliche Berichtigung wieder, die Genosse Kleinert dem „Schlesischen Herold“ zugehen ließ:

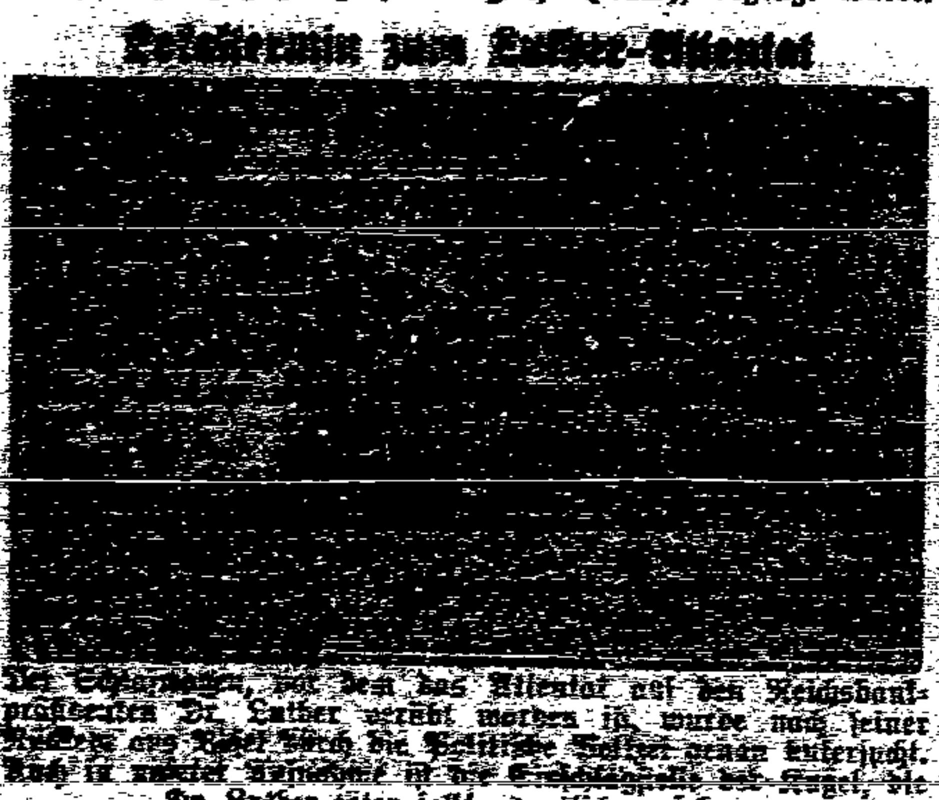
1. Der Gemeindevorsteher Kleinert in Klettendorf bezieht weder als Amtsvorsteher noch als Gemeindevorsteher ein Gehalt, weil er nach den Bestimmungen der Landgemeindeordnung nicht hauptamtlich angestellt werden kann.
2. Für die Wahrnehmung beider Aemter wird eine Dienstaufwandsentschädigung nach den Richtlinien des Landgemeindeverbandes gezahlt. Die Dienstaufwandsentschädigung für den Gemeindevorsteher beträgt monatlich 192,16 RM. (jährlich 2305,92 RM.), für den Amtsvorsteher monatlich 268,98 RM. (jährlich 3227,76 RM.), insgesamt monatlich 461,14 RM. Hiervon gehen die gesetzlichen Abzüge ab. Der Gemeindebezirk zählt 3911, der Amtsbezirk 5689 Einwohner. **Die Entschädigung ist daher geringer als das Gehalt der Bürgermeister in vergleichbaren Städten** nach den Richtlinien des Preußischen Staatsministeriums.
3. Gemeindevorsteher Kleinert hat noch nie seine Ferien in Modebädern verbracht.

Man hatte bekanntlich dem Genossen Kleinert ein Gehalt von 1500 Mark und Ferienaufenthalte angedichtet. Wie aus der Berichtigung hervorgeht, ist er aber in Klettendorf überhaupt nicht angestellt, sondern lediglich — wie es gerade die SAP. auf ihr Programm geschrieben hat — für die Dauer der jeweiligen Legislaturperiode der Gemeindevertretung bestellt und entschädigt. Daß die Sapler-Zeitung sich bei dieser seltsamen Art der Wahlkampfführung in die Gemeinschaft der Wochenpresse begeben hat, ist hierbei besonders bezeichnend.

Dr. Luthers Ankunft in Basel

Reichsbankpräsident Dr. Luther (mit Blumenstrauß, rechts), auf den vor seiner Abreise aus Berlin ein glücklicherweise fehlgeschlagenes Attentat verübt worden war, nach seiner Ankunft in Basel, wo er von dem deutschen Vertreter bei der Bank für Internationale Zahlungen, Dr. Hülse (links), begrüßt wurde.

[illegible] zum Luther-Attentat



Der [illegible], von dem das Attentat auf den Reichsbankpräsidenten Dr. Luther verübt worden ist, wurde nach seiner Rückkehr aus Basel durch die Politische Polizei genau untersucht. Auch in unserer Aufnahme ist der Einschlagstelle der Kugel, die Dr. Luther töten sollte, deutlich zu sehen.

Kleine Wahlnachlese

Daß es National„sozialisten“ gebe, die nach dem ersten Wahlgang auf einen Sieg Hitlers bei der zweiten Wahl hofften, war selbst bei voller Berücksichtigung der verminderten politischen Zurechnungsfähigkeit des deutschen Faschismus, kaum anzunehmen. Es scheint aber doch teilweise der Fall gewesen zu sein, denn aus Domslau wird uns berichtet, daß man sich in dortigen Nazikreisen noch am Sonnabend gegenseitig den sicheren Sieg Hitlers vorrechnete. Auch die notleidenden Gutsbesitzer der dortigen Gegend hatten wohl mit Rücksicht auf derartige Wahlhoffnungen schon ein übriges getan und ihre Gesinnungsfreunde, die einen Fackelumzug planten, ins Quartier genommen. Der Umzug verlief jedoch am Freitag ohne Fackel und ohne Begeisterung bei mäßiger Beteiligung.

Großartige Propagandatätigkeit entfalteten die Kommunisten in Steine, indem sie das Wahllokal mit einem Sowjetstern versahen, der jedoch den Rückgang der Stimmen für die aussichtslose und darum politisch sinnlose Thälmann-Kandidatur nicht aufzuhalten vermochte.

Klettendorf. Zusammenstoß auf der Straße. Gestern abend stieß der Sohn des Maurermeisters Thielschner beim Einbiegen in die Hauptstraße auf seinem Motorrad mit einem aus Breslau kommenden Auto zusammen. Thielschner sowie sein Sozius wurde vom Rade geschleudert und beide schwer verletzt. Arbeiter-Samariter leisteten die erste Hilfe und brachten die Verletzten zum Arzt, der die Ueberführung in ein Breslauer Krankenhaus anordnete. Motorrad und Auto wurden erheblich beschädigt.

Breslau. Das letzte Geleit gaben hier am Sonnabend die Mitglieder der Freien Kanuvereinigung ihrem Sportgenossen W. Bräuer. Die Trauerrede hielt ein Genosse der Fr. K., nachdem Pfarrer Schulte dem Toten, der freiwillig aus dem Leben geschieden war, das kirchliche Begräbnis verweigert hatte.

Wilkau-Zopkendorf. Am Vorabend der Präsidentenwahl fand hier ein Lichtbilderabend statt, in welchem Genosse Stephan vor 160 bis 170 Versammelten die Filme „Das Werden der SPD.“, „Liebe im Schmerz“, „Das Dritte Reich“ und „Ritter Kickebusch in den Preußenwahlen“ vorführte. Der Genosse Stephan sprach dann in ¾stündigem Vortrag über das Thema „Wirtschaftskrise und Wahlkampf“. Die Versammelten spendeten lebhaften Beifall.

— Einen Reinfall erlebten die Nazi, welche am selben Abend in Zopkendorf eine Versammlung abhielten, die von ganzen 41 Personen, von denen überdies über die Hälfte von auswärts kamen, besucht war.

Neumarkt. Ein besonderes Exemplar des hiesigen Nationalsozialismus ist der Betriebsassistent Girndt, der es im Telegraphenbauamt übernommen hat Unterschriften für die Hitlerbewegung zu sammeln. Seltsamerweise ist seit dieser lebhaften Betriebsamkeit des Herrn Girndt der Nazibonze Kloß ausschließlicher Bezieher für abgelegte Telegraphenstangen, obwohl u. W. eine Bestimmung besteht, daß ausgediente Telegraphenstangen in erster Linie an Postbedienstete abgegeben werden sollen.

Sozialdemokratische Partei
Unterbezirk Breslau-Land/Neumarkt/Nimptsch
Sekretariat: Margaretenstr. 17, Gewerkschaftshaus, Zimmer 170—174
Telephon 59040, 59041
Sprechstunden: Dienstag, Mittwoch, Freitag von 9—13 u. 15—18 Uhr

Oeffentliche Versammlungen

Am 12. April 1932

Schmolz. 20 Uhr im Lokal Kubitz. Redner Genosse Dr. Stammer.

Steine. 20 Uhr, bei Grocholl. Redner Gen. Pohle, M.d.R.

Am 13. April 1932

Gnichwitz. 20 Uhr im Lokal Pätzold. Redner Reichstagsabgeordneter Pohle.

Peiße-Petersdorf. 20 Uhr im Lokal Fiebach. Redner Bezirkssekretär Lehmann.

Gellendorf. 20 Uhr. Redner Genosse Fränkel-Breslau.

Am 14. April 1932

Paschwitz. 20 Uhr im Lokal Dreßler. Redner Genosse Lehmann.

Malsen. 20 Uhr. Redner Genosse Beyer.

Albrechtsdorf. 20 Uhr. Redner Genosse Winzer, M.d.L.

Klein-Sürding. 20 Uhr. Redner Genosse Binnberg.

Breslau. Sozialistische Arbeiterjugend. Heute, „Werbeabend“. Wir zeigen die Lichtbilder vom Zeltlager. Am Mittwoch, dem 13. April gehen wir ins Theater. Die Kosten im Heim.

ARBEIT UND WIRTSCHAFT

Kampfruf!

Ein Appell der Metallarbeiter-Internationale

Die Metallarbeiterinternationale nahm dieser Tage Stellung zur allgemeinen Wirtschaftslage. Sie sah hierbei von der Veröffentlichung einer Entschließung ab, faßte vielmehr den Inhalt der Beratungen in einem allgemeinen Bericht und in einem Mahnwort an die Metallarbeiter aller Länder zusammen.

Voran stellte die Internationale das erfreuliche Ergebnis, daß die Landesorganisationen der Hauptländer trotz der schweren Wirtschaftskrise intakt geblieben sind und von einer „Krise der Gewerkschaften" nicht gesprochen werden könne.

Der erfolgreiche Abwehrkampf gegen die reaktionäre Welle des Faschismus in Deutschland

läßt den Beginn eines Wiederaufsteigens der Gewerkschaften und eine größere Aktivität deutlich erkennen. Der deutschen Arbeiterschaft wird für ihre erfolgreiche Arbeit gedankt.

Zur Wirtschaftskrise wurde festgestellt, daß die kapitalistischen Methoden zu ihrer Milderung und Ueberwindung durch Lohnabbau und Einschränkung der Sozialpolitik in allen Ländern vollständig versagt haben. Die Weltwirtschaftskrise gleiche bedenklich einer

Krise des kapitalistischen Systems

selbst. In keiner anderen Zeitepoche besaß die Menschheit einen größeren und leistungsfähigeren Produktionsapparat wie gegenwärtig. Nie erzeuge die Landwirtschaft gewaltigere Mengen von Nahrungsmitteln mit höherem Nährwert als heute. Dennoch seien gezwungen 25 Millionen rüstige Menschen. Die übergroße Mehrheit der Bevölkerung darbt und hungert. Die Maschinen stehen still, die Schornsteine hören auf zu rauchen, die köstliche Frucht der Völker wird wieder vernichtet. Welch ein Wahnsinn und welch ein Widerspruch. Trotz der furchtbaren Ergebnisse des Weltkrieges bereiten verbrecherische Naturen die Grundlagen für ein neues noch viel unerhörteres Blutbad vor. Demgegenüber

fordern 4½ Millionen im internationalen Metallarbeiterbund vereinigte Metallarbeiter eine durchgreifende und vorbehaltslose Abrüstung in allen Staaten der Welt.

Statt Kanonen und Giftgasen, die nach dem Stande ihrer gegenwärtigen und noch weiterhin entwicklungsfähigen Technik zur Zerstörung aller Kultur führen müßten, verlangt die Metallarbeiterinternationale Sicherheiten durch Abrüstung, Verständigung und Zusammenarbeit aller Völker zum Wohl ihrer Bürger.

Das Sekretariat des Bundes wurde beauftragt, diesen Teil der Kundgebung der Abrüstungskonferenz in Genf schriftlich zu unterbreiten.

Auf wirtschaftlichem Gebiete forderte die Konferenz die Beseitigung der Zollschranken und Handelshemmungen sowie Schaffung eines einheitlichen und aufnahmefähigen europäischen Wirtschaftsraumes. Auskömmlicher Lohn als Mittel der Kaufkraftsteigerung ist hierzu unerläßlich.

Produktion und Konsum müssen in planwirtschaftliche Bahnen gelenkt werden.

Mehr denn je habe sich durch die Zusammenbrüche großer Konzerne und durch die Mängel der Kreditorganisationen und der Kreditversorgung kapitalbedürftigen Länder erwiesen, daß der Kapitalismus nicht mehr fähig ist, den verfahrenen Karren wieder in Gang zu bringen. Schon heute werde Staatshilfe in einem Umfang für die Privatwirtschaft geleistet, die der Oeffentlichkeit unbekannt sei. Daraus sei der Schluß zu ziehen, daß sich Gewerkschaften und Partei auf dem richtigen Wege befänden. Die Entwicklung vollziehe sich nicht im Sinne der Individualwirtschaft der Vergangenheit, sondern im Sinne der planwirtschaftlichen Formung zur sozialen Gemeinschaft der Zukunft.

Zur Milderung der gegenwärtigen Arbeitslosennot bedürfe es ausreichender Unterstützung der Arbeitslosen. Die gesetzliche Einführung der 40-Stunden-Woche

und der sechsstündigen Schicht für kontinuierliche Betriebe sei nicht nur zur augenblicklichen Entlastung des Arbeitsmarktes, sondern auch als Dauerregelung im Hinblick auf die gewaltigen Produktionsmittelkapazitäten vordringlich. Ueberall müssen alle Kräfte für die Propagierung und Durchführung dieser Forderung eingesetzt werden. Ergänzend müsse hinzukommen die Beschaffung zusätzlicher Arbeitsmöglichkeiten in nationalem und internationalem Maßstab.

An die Metallarbeiter und Metallarbeiterinnen aller Länder richtet der Internationale Metallarbeiterbund den Ruf:

Kämpft mit uns gegen die politische und wirtschaftliche Reaktion! Helft mit bauen an den Fundamenten einer besseren Zukunft!

Heut Besprechungen der Gewerkschaften mit dem Reichsarbeitsminister

Die Besprechung mit den Schlichtern ist auf Freitag an- Gewerkschaften und den Unternehmern zur Klärung der Lohnfrage finden am Dienstag statt. Am Vormittag empfängt der Minister die Gewerkschaften und am Nachmittag die Unternehmer. Die Besprechung mit den Schlichtern ist auf Freitag unberaumt.

Das Ergebnis der Aussprache des Reichsarbeitsministers mit den Gewerkschaften wird noch am selben Tag im Bundesausschuß des ADGB., der am Dienstag, unmittelbar vor dem Krisenkongreß im Berliner Gewerkschaftshaus zusammentritt, zur Erörterung kommen.

Arbeitseinstellungen im Braunkohlenbergbau

Durch die Verkürzung der Arbeitszeit

Im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau hat die Verkürzung der Arbeitszeit, wie die Presse der Grubenherren feststellt, eine Neueinstellung von etwa 4000 Mann zur Folge gehabt. Das ist ein Beweis, daß durch Arbeitszeitverkürzung die Notlage im Bergbau immerhin um ein gutes Stück behoben werden kann. Durchgreifende Mittel dazu sind aber nur 40-Stundenwoche und Krümpersystem. Auf die Einführung des Krümpersystems ist im Arbeitsbeschaffungsprogramm des Reichsarbeitsministeriums hingewiesen worden. Das Krümpersystem allein genügt aber noch nicht. Wenn vor allem das Vollsetzen leerer Förderwagen an den wegen Absatzmangel eingelegten Feierschichten beseitigt werden soll, dann ist die Einführung der 40-Stundenwoche unumgänglich notwendig.

Der Unfug des Vollsetzens und der ungeregelten Beschäftigung hat unter den Belegschaften die größte Empörung hervorgerufen. Es gibt Zechen, die an Feierschichten 1200 bis 1400 Kohlenwagen beladen. Ein bestimmter Teil der unter Tage beschäftigten Arbeiter kann demnach ununterbrochen arbeiten, während der übrige Teil pro Woche ein bis zwei Feierschichten aufzuweisen hat. Während der eine Arbeiter an 25 bzw. 26 Arbeitstagen im Monat jeden Tag beschäftigt wird, kann ein anderer nur 15 bis 17 Schichten verfahren.

Im Preußischen Landtag ist schon vor einiger Zeit durch den Bergarbeiterverband und die sozialdemokratische Fraktion eine Abstellung dieser Mißstände durch gesetzliche Maßnahmen gefordert worden. Das Handelsministerium hat daraufhin eine Untersuchung veranlaßt. Ueber deren Ergebnis ist bis jetzt noch nichts bekannt geworden. Abhilfe muß rasch erfolgen.

Die Manteltarifverhandlungen der westsächsischen Textilindustrie

sind auf die übernächste Woche vertagt worden. Die Unternehmer wollen die Ferien abbauen, vor allem keine Ferien zahlen.

Die Tarifverhandlungen der Textilindustrie befinden sich zurzeit wie in vielen anderen Industrien in der Schwebe. Man will zunächst die Besprechung des Reichsarbeitsministeriums mit den Organisationen der Unternehmer und Gewerkschaften abwarten. Ein neuer Lohnabbau in der Textilindustrie ist unwahrscheinlich, jedenfalls eine glatte Unmöglichkeit.

* * *

Der Manteltarif der bayerischen Großmetallindustrie wurde unter Einfügung eines sogenannten Kurzarbeiterurlaubs bis zum 31. März 1933 verlängert.

Die Nachverhandlungen über den Urlaubsschiedsspruch für den Ruhrbergbau, die am Dienstag im Reichsarbeitsministerium geführt wurden, blieben ergebnislos.

Die dänischen Schweineschlächtereien kündigen für den 15. April die Aussperrung von 5000 Arbeitern an. Die Arbeiter lehnten einen ihnen zugemuteten Lohnabbau von 20 Prozent ab.

Das Stickstoffsyndikat teilt über den Geschäftsverlauf im Monat März u. a. folgendes mit: „Der Auftragseingang in Stickstoffdüngern aus dem Inland war im Monat März recht lebhaft. Da er den sehr hohen Stand des Monats März 1931 jedoch nur annähernd erreichte, weisen die Gesamtabrufe seit Beginn des Düngejahres 1931/32 im Vergleich zum Vorjahr weiterhin noch einen nicht unerheblichen Rückstand auf, der nur zum Teil auf das späte Frühjahr zurückgeführt werden kann."

Die Geldmärkte in Holland und in der Schweiz haben sich derart verflüssigt, daß die holländischen und schweizerischen Banken ihren Auslandseinlegern u. a. deutschen Banken, mitgeteilt haben, daß für Scheckeinlagen keine Vergütung mehr gezahlt wird.

Stützung von Konsumgenossenschaften durchs Reich

Durch die Tagespresse gingen in letzter Zeit Meldungen, die besagten, daß die Reichsregierung beabsichtige, den Konsumgenossenschaften eine größere Unterstützung von etwa 12 bis 15 Millionen Mark zu gewähren. Insbesondere rief dieses Gerücht die Gegner der Konsumgenossenschaften auf den Plan, die überall glaubten, die Gewährung eines Reichszuschusses an gefährdete Konsumvereine mit den gehässigsten Mitteln verhindern zu müssen.

Der Zentralverband deutscher Konsumvereine sah sich daher veranlaßt, mit Ausführungen an die Oeffentlichkeit zu treten, die eine sachliche Aufklärung über die in Betracht kommenden Fragen enthalten. Die „Konsumgenossenschaftliche Rundschau" vom 9. April 1932 nimmt zu der Angelegenheit eingehend Stellung. Die wichtigsten Gedankengänge seien hier wiedergegeben. Seit der Julikrise im vorigen Jahr ließ die Reichsregierung auf die verschiedenste Art und Weise allen möglichen Zweigen der privatkapitalistischen Wirtschaft Unterstützungen zukommen. Insbesondere wurden auch die Genossenschaften des gewerblichen Mittelstandes, der sich heute besonders über die Pläne einer etwaigen Konsumvereinsstützung ereifert, auf dem Wege über die Dresdner Bank mit einer umfangreichen Reichshilfe bedacht. Die Konsumgenossenschaften erklärten damals in sachlichster Weise, daß sie sich bisher als so krisenfest erwiesen hätten, daß sie eine derartige Stützung vorläufig nicht in Anspruch zu nehmen brauchten. Die fortschreitende Not der minderbemittelten Bevölkerungsschichten, die den Hauptteil der Konsumgenossenschaftsmitglieder stellen, zog jedoch immer stärkere Abhebungen der bei den Konsumgenossenschaften angelegten Spargelder nach sich. Die öffentlichen Sparkassen, die Gelder aus allen Schichten der Bevölkerung verwalten und infolgedessen von der Not der Arbeiter, insbesondere der Erwerbslosen, weniger stark betroffen wurden, erhielten Reichsmittel in größerem Umfang, um den an sie herantretenden Anforderungen gerecht zu werden. Die Konsumgenossenschaften erfüllten ungleich höhere Anforderungen aus eigener Kraft. Wenn sie jetzt in einem Augenblick, da sich die Not ihrer Mitglieder infolge der Schwierigkeiten innerhalb der kapitalistischen Wirtschaft bis ins Unerträgliche steigert, im Interesse nicht nur der Erhaltung einzelner Genossenschaften, sondern der Gesamtwirtschaft eine Stützung vom Reich fordern, so ist dieses Verlangen durchaus gerecht. Es erscheint sogar noch gerechter, wenn man bedenkt, daß nur diejenigen Beträge vom Reich zurückgefordert werden, die dieses auf Grund der erhöhten Umsatzsteuer für Großbetriebe von den Konsumgenossenschaften eingezogen hat. Kein gerecht denkender Mensch würde je verstehen können, wenn die Reichsregierung die Konsumgenossenschaften mit anderem Maß messen wollte als die Genossenschaften des Mittelstandes und der Landwirte. Es ist kein unbilliges Verlangen, das die Konsumgenossenschaften stellen. Sie fordern nur gleiches Recht für alle und diejenige Berücksichtigung durch den Staat, die ihnen nicht weniger als dem gewerblichen Mittelstand in der Reichsverfassung verbürgt ist.

Sozialdemokratie und Landwirtschaft

Von Max Simon-Neusalz, M. d. L.

(Fortsetzung.)

Landarbeiter

Landarbeiterwohnungsbau

Der aus Mitteln der werteschaffenden Arbeitslosenfürsorge geförderte Landarbeiterwohnungsbau wird in der Form einer ausgesprochenen Streusiedlung (Ansetzung einzelner Landarbeiter) durchgeführt.

Insgesamt sind in Preußen bis zum 1. Januar 1932 über 52 000 Landarbeiterwohnungen, darunter über 29 000 Eigenheime mit Mitteln der werteschaffenden Arbeitslosenfürsorge errichtet worden.

Seit Festigung der Währung wurden zur Förderung des landwirtschaftlichen Arbeiterwohnungsbaus über 99 Millionen Mark Landesmittel zur Auszahlung gebracht und fast 100 Millionen Mark Reichsmittel nach Preußen hereingeholt.

Im letzten Jahrzehnt preußischer Politik ist auf dem Gebiet des landwirtschaftlichen Wohnungsbaus mehr geschehen als in 100 Jahren unter glorreicher königlicher Führung.

Von Jahr zu Jahr ist eine **stärkere Förderung des Landarbeitereigenheims** zu vermerken. Der Mietwohnungsbau ist ganz bedeutend zurückgegangen. Mit Recht, denn das Eigenheim machte den Landarbeiter freier und unabhängiger.

Es wird nur dann zur rechten Bedeutung kommen, wenn der Eigenheimer zusätzliche Arbeit bei mehreren Arbeitgebern in der Nähe seiner Wohnung findet.

Landarbeiter-Mietwohnungen

Zu Beginn der Arbeit der jetzt zu Ende gegangenen Landtagsperiode stellte die sozialdemokratische Fraktion den Antrag, den Kreisen und Landgemeinden **preußische und Reichsmittel für den Bau von Mietwohnungen für Landarbeiter zur Verfügung zu stellen.** Durch die Errichtung von Mietwohnungen war beabsichtigt, den Landarbeiter aus seiner Abhängigkeit von der Werkwohnung und seinem Arbeitgeber zu befreien. **Der Antrag wurde angenommen und die preußische Regierung hat sich mit dem Reichsarbeitsminister über Bereitstellung entsprechender Reichsanteile in Verbindung gesetzt. Der Reichsarbeitsminister hat die Hergabe von Mitteln für die Errichtung von Landarbeitermietwohnungen abgelehnt.**

Landarbeiterwohnungen auf Domänen

In Verfolg eines wiederholten sozialdemokratischen Vorstoßes ist durch entsprechenden **Regierungserlaß** angeordnet worden, **daß allen Domänenpächtern, die den üblichen Anteil zu den Kosten zur Errichtung von Landarbeiterwohnungen unberechtigterweise verweigern, jede staatliche Unterstützung entzogen wird.**

Bei der Abstimmung im Landtag im Juli 1929 stimmte die gesamte **Rechte** einschließlich der **Wirtschaftspartei gegen diese Forderung.**

Die Landarbeitersiedlung

Wachsende Bedeutung kommt der Ansetzung von Landarbeitern auf einer Wirtschaftssiedlung mit selbständiger Ackernahrung zu. Die bisherige Siedlungsweise war für den Landarbeiter zu teuer. Es wurden Güter aufgeteilt, die Bauern wurden angesetzt, **die Landarbeiter wurden zum Teil durch die Aufteilung arbeitslos.** Durch die ständige Kritik der sozialdemokratischen Landtagsfraktion und des Deutschen Landarbeiter-Verbandes an dieser Siedlungspraxis wurde erreicht, daß **durch eine Reihe von Gesetzen und Erlassen wesentliche Aenderungen der Bestimmungen zugunsten des Landarbeiters vorgenommen wurden.**

Den Siedlungsgesellschaften wird zur Pflicht, auf eine stärkere Ansiedlung von Landarbeitern Bedacht zu nehmen.

(Erlaß Pr. Landwirtschaftsminister, 31. März 1928.)

Landarbeiter, die nicht über das erforderliche Eigenkapital verfügen, um dadurch eine Kleinstelle zu erwerben und zu bewirtschaften, können einen **besonderen Einrichtungskredit** zu Vorzugsbedingungen erhalten, **im Einzelfall bis zu 1000 Mark.**

(Erlaß Pr. Landwirtschaftsminister, 13. März 1929).

In den nationalpolitisch bedrohten **Grenzgebieten** kann Landarbeitern und anderen bedürftigen landwirtschaftlichen Siedlern **Einrichtungskredit** bewilligt werden, im Einzelfall **bis zu 500 Mark je Hektar, höchstens jedoch bis 4000 Mark.**

(Erlaß Pr. Landwirtschaftsminister, 26. Juni 1929.)

Landarbeiter müssen möglichst dem Lande erhalten bleiben. Die Siedlungsunternehmer sollen sich bemühen, nicht bloß Einrichtungskredit zu vermitteln, sondern auch für Erlangung eines Restkaufgeldes sich einsetzen, das der frühere Gutseigentümer stehen läßt oder das die Siedlungsgesellschaft selbst bereit stellt.

(Erlaß Pr. Landwirtschaftsminister, 26. Mai 1930.)

Die Errichtung von Landarbeitersiedlungsstellen zu 2 bis 5 Hektar (statt wie vorher 1 bis 2 Hektar) muß planmäßig ausgebaut werden.

Erlaß Pr. Landwirtschaftsminister, 12. Februar 1930.)

Landarbeitern kann neben einem Einrichtungskredit ein Darlehn gewährt werden. Dieses ist zinsfrei, jedoch vom zehnten Jahr an mit mindestens 5 Prozent jährlich zu tilgen. **Bei größeren Unglücksfällen kann,** wenn der Abtrag besondere Härte bedeuten würde, **ein Teil erlassen werden.**

Erlaß Reichsarbeitsminister zusammen mit Pr. Landwirtschaftsminister, 10. November 1931.)

Wie klein macht sich demgegenüber die **Tätigkeit des alten Preußens!** Von 1887 bis 1914 wurden von der Ansiedlungskommission für Posen und Westpreußen **insgesamt 2052 Landarbeiterstellen ausgelegt. Dazu kamen weitere 4038 Landarbeiterstellen, die seitens der Generalkommission geschaffen wurden.**

Die Landarbeiter und die Landwirtschaftskammern

Bereits 1920, als Otto Braun noch Landwirtschaftsminister war, wurde dem Landtag ein **Gesetzentwurf** vorgelegt, in dem eine **Beteiligung der Landarbeiter mit einem Drittel der Sitze in den Landwirtschaftskammern** vorgesehen war.

Dieser Entwurf kam nicht zur Erledigung. Durch einen Antrag der sozialdemokratischen Fraktion wurde lediglich das bis dahin geltende Landwirtschaftskammergesetz dahin abgeändert, daß **an die Stelle der früheren Wahl der Kammermitglieder durch die Kreistage ein unmittelbares, geheimes und gleiches Wahlrecht** trat und dieses Wahlrecht nicht wie früher von einer bestimmten Betriebsgröße abhängig war, sondern sich auf die Inhaber aller landwirtschaftlichen Betriebe erstreckte.

Auf sozialdemokratische Anregung, die am 26. Juni 1927 zur Annahme eines Entschließungsantrages führte, wurde im Oktober 1929 vom Staatsministerium der Entwurf eines neuen Landwirtschaftskammergesetzes vorgelegt, der eine direkte Mitgliedschaft von Vertretern der Landarbeiter zu den Landwirtschaftskammern vorsieht. Dieser Entwurf ist bisher nicht über Ausschußverhandlungen herausgekommen.

(Fortsetzung folgt)

Jugend ohne Weg

Unter der Guillotine der Arbeitslosigkeit

Eine halbe Million junger Menschen, die zu Ostern die Schulen verlassen, sind in diesen Wochen bemüht, sich als Lernende ins Erwerbsleben einzureihen. Sie haben sich einen Beruf erwählt; sie wollen das Leben anfangen; sie sind von einem Ziel beherrscht — aber nun, da sie den entscheidenden Schritt tun sollen, ist kein Platz für sie da. Ein großer Teil von ihnen ist überflüssig, wird nicht gebraucht; es gibt weder eine Lehrstelle für sie, noch eine Arbeitsmöglichkeit; noch ehe sie die erste Etappe des Erwerbslebens, die Lehrzeit, zurückgelegt haben, trifft sie die Guillotine der Arbeitslosigkeit. Der Weg ins Leben — ist versperrt.

500 freie Stellen — 30 000 Bewerber

Von den 45 000 Abiturienten, die in diesem Jahre die Schule verlassen haben, werden etwa die Hälfte studieren. Das sind dreimal so viel, als die akademischen Berufe später einmal aufnehmen können. In normalen Zeiten haben jährlich etwa 1200 Mediziner Aussicht, irgendwie unterzukommen — aber es studieren nicht weniger als 20 000 Deutsche Medizin. Noch schlimmer sieht es bei den Philologen aus, für die im Jahre 500—600 Stellen freiwerden — aber schon jetzt gibt es zehnmal soviel stellungslose Referendare und Assessoren; und 25 000 Philologiestudenten sitzen auf den deutschen Universitäten! Aehnliche Verhältnisse bestehen in den übrigen akademischen Berufen. Trotzdem hält der Zustrom zu ihnen weiter an, obgleich die Hochschulen sich immer wieder beklagen, daß viel ungeeignetes Menschenmaterial zu ihnen kommt. Die Technischen Hochschulen geben an, daß 60 bis 70 Prozent ihrer Studierenden das Ziel des Unterrichtes nicht erreichen. An den Universitäten rechnet man mit 40 Prozent, die scheitern werden. Ohne einen Nutzen von ihrem Studium zu haben, werden diese Ungeeigneten die soziale Stufenleiter herabrutschen, um zuletzt in schlechtbezahlten, ungelernten Berufen erbittert und um das Lebensziel geprellt, ihr Leben zu fristen.

Von den 2600 Berliner Abiturienten werden 1200 studieren, die anderen strömen dem Arbeitsmarkt zu und suchen, im Wettbewerb mit zehntausenden von Volksschülern, eine einfache Lehrstelle. In der Karl-Marx-Schule in Neukölln haben zwei Drittel aller Abiturienten keine Stellung gefunden. Ihre Eltern sind Arbeiter und Erwerbslose; in vielen Fällen haben die Kinder während der Schulzeit schwer arbeiten müssen, um bis zum Abitur durchzuhalten — und nun sind alle Opfer von Kindern und Eltern umsonst. An einem Berliner Gymnasium werden von 17 Abiturienten 14 arbeitslos. Man hat eine Stellenvermittlung eingerichtet, um die Abiturienten unterzubringen. 140 Plätze waren vorhanden — 1000 Bewerber meldeten sich. Wieviel Energie, wieviel guter Wille, wieviel Fähigkeiten müssen brachliegen!

Wünsche . . .

Trostlos sind zur Zeit die Aussichten für Volksschüler. Die Zahlen, die hier beigebracht werden können, sind erschreckend. Von einer „freien Berufswahl" kann man bei der augenblicklichen Lage der Wirtschaft überhaupt nicht reden. Nach den Angaben der Berufsberatungsstellen will heute jeder dritte Junge Autoschlosser werden, aber die wenigen deutschen Automobilfabriken können nur einen geringen Bruchteil der Bewerber als Lehrlinge aufnehmen. An zweiter Stelle steht der Beruf des Elektrikers — hier ist das Angebot dreimal so groß als der Bedarf. Im übrigen sind viele Berufe derart mit Lehrlingen überfüllt, daß die Aussichten für Berufsanhänger gleich Null sind. Hier einige Beispiele: 1. Maler. Von 200 000 Berufsangehörigen sind — —70 000 Lehrlinge. Auf Jahre hinaus werden 10 Prozent aller Maler unbeschäftigt bleiben. 2. Bäcker. 72 000 Gehilfen, 60 000 Lehrlinge. Augenblicklich sind 60 000 Gehilfen arbeitslos. Im nächsten Jahr beenden 20 000 Bäckerlehrlinge ihre Lehrzeit. Die Folgen einer geradezu phantastischen Lehrlingszüchterei, die in gar keinem Verhältnis zum Ersatzbedarf steht. Die Lehrlingsziffer beträgt bei den Schuhmachern 35 Prozent, Schlächtern 32 Prozent, Schneidern 31 Prozent, Mechanikern 28 Prozent von der Gesamtheit aller Berufsangehörigen.

Statt Lehrstelle — Ausbildungskursus

In drei Berliner Gemeindeschulen fanden in der ersten von 13 Abgehenden einer Klasse nur drei eine Stellung, in der zweiten von dreißig — acht; in der dritten konnten von 22 Knaben nur für sieben eine Stellung als Laufbursche oder Lehrling in der Fabrik beschafft werden. Ebenso ungünstig sind die Berufsverhältnisse für Mädchen. Vielfach stellen große Geschäfte die schulentlassenen Mädchen nicht mehr als Lehrmädchen, sondern als jugendliche Verkäuferin ein. Sie sind damit an keine Lehrzeit gebunden, und haben bei dem gleichen Gehalt eine Kraft, die täglich gekündigt werden kann.

Um die vielen arbeitslosen Jugendlichen irgendwie zu beschäftigen, werden überall von der Reichsversicherungsanstalt Ausbildungskursus eingerichtet, die natürlich kaum einen Ersatz für die Berufsausbildung darstellen, und mehr den Zweck haben, die Jugendlichen zu beschäftigen und sie von der Straße fernzuhalten. Sie lernen Schreibmaschine und Stenographie, Buchführung, sie machen Papier-, Holz- und Metallarbeiten. Die Mädchen erhalten Näh- und Kochunterricht. In manchen Fällen haben auch die Eltern Eingaben gemacht, damit ihr Kind noch ein Jahr länger zur Schule gehen kann. Vielleicht findet sich im nächsten Jahr eine Lehrstelle. Eine Hoffnung, die Hunderttausende bewegt, Eltern und Kinder, denen die Tore zum Leben unbarmherzig verschlossen wurden.

Echt oder falsch?

Die dreißig van-Gogh-Bilder, die — nach der Anklage der Berliner Staatsanwaltschaft — der Kunsthändler Wacker im Bewußtsein ihrer Unechtheit als echt in den Handel gebracht hat, hängen zurzeit in dem merkwürdig verwandelten Moabiter Schwurgerichtssaal: farbenfrohe und für das Auge des Laien sehr schöne Gemälde. Die Gelehrten sind sich aber nicht einig; Bilder, die der eine Sachverständige für echt erklärt, hält der andere für falsch und umgekehrt.

Am Montag wurde unter großer Spannung der holländische Kunsthändler de la Faille vernommen, dem der Angeklagte Wacker vor Jahren alle dreißig Bilder zur Begutachtung vorgelegt hat. Obschon dem Zeugen Wackers Erzählungen über die Herkunft der Bilder mysteriös erschienen, hat de la Faille alle dreißig Bilder für echt expertisiert. Vorsitzender: „Aus welchem Grunde?" Zeuge: „Weil nach meiner Ueberzeugung die Bilder von van Gogh gemalt waren. Wenn man eines dieser Bilder zum erstenmal sah und dann von seinem Verdacht hatte, fand man dieselben Motive wie auf anderen bekannten Bilder wieder. Für jede Expertise habe ich 25 Gulden gefordert . . ." Bedenklich wurde der Zeuge, als die Wackerschen van-Gogh-Bilder bei dem Berliner Kunsthändler Cassirer ausgestellt wurden. Zuerst erschienen ihm einige Bilder zweifelhaft, später alle. Jetzt allerdings meint der Zeuge, daß er es bei dieser Meinungsänderung einmal sicherlich geworden, an der notwendigen Objektivität habe fehlen lassen; heute halte er wieder von den dreißig Bildern fünf für echt. — Der Verteidiger des Angeklagten Wacker widersprach der Verteidigung des Zeugen de la Faille, der als Händler und Makler einen Teil der Bilder in den Handel gebracht habe. Wenn überhaupt in der ganzen Angelegenheit ein Betrug begangen worden sei, so sei er durch den Zeugen de la Faille verübt worden. Das Gericht beschloß die Vereidigung.

Der bekannte Kunstschriftsteller Meier-Gräfe, der drei Bücher über Vincent van Gogh geschrieben hat und gleichfalls von Wacker einige der umstrittenen van-Gogh-Bilder vorgelegt bekam, hielt diese Bilder zuerst für echt; erst später sei es ihm „wie Schuppen von den Augen gefallen". Wackers Angaben über die Herkunft der Bilder waren ihm merkwürdig und unwahrscheinlich erschienen. Der anschließend vernommene holländische Kunsthändler Rosenhagen hält die zur Verhandlung stehenden Bilder „für schlecht, aber zum Teil für echt". Der holländische van-Gogh-Fachmann Bremmer hält eine große Anzahl der umstrittenen Bilder für falsch; von acht möchte er aber doch die Echtheit annehmen. Bremmer berichtet von dem großen Fleiß van Goghs, von dem noch lange nach seinem Tode Bilder an den unmöglichsten Stellen aufgetaucht, und, bis sie erkannt wurden, zu den unmöglichsten Preisen verschleudert worden seien; einmal zum Beispiel von einem Hausierer für fünf und zehn Cent das Stück. Auch andere wissen derart romantische Geschichten zu erzählen — aber die aufzuklärende Affäre selbst wird, bei zunehmender Spannung, immer dunkler und mysteriöser.

Vorwärts zu neuem Kampf!

Braun und Severing, die sozialdemokratischen Spitzenkandidaten für die Preußenwahl am 24. April

Schlagt erneut die Kommunazi!

Einbruch beim Leiter der Berliner Mordkommission

In die Wohnung des bekannten Berliner Kriminalrates Gennat, des Leiters der Berliner Mordkommission, in Charlottenburg, sind gestern Einbrecher eingedrungen, die die Abwesenheit des Kriminalrates und seiner Wirtschafterin benutzten, um die Wohnung zu durchstöbern. Nachdem sie in den Zimmern des Kriminalisten alles durchwühlt und nichts gefunden hatten, gingen sie in das Zimmer der Wirtschafterin, wo sie 700 Mark Bargeld und einige Schmucksachen vorfanden. Die Täter sind mit ihrer Beute unerkannt entkommen.

Schweres Grubenunglück bei Gladbeck

Drei Tote geborgen

Auf der Schachtanlage 3—4 von Matthias Stinnes in Brauck bei Gladbeck ereignete sich Montag mittag ein schweres Unglück. In einem Rutschenbetrieb auf einer längeren Strecke brach das Hangende zusammen. Ein an dieser Stelle beschäftigter Reviersteiger und vier Hauer wurden von den Gesteinsmassen verschüttet. Die Rettungsarbeiten wurden sofort eingeleitet. Nach stundenlangen Bemühungen gelang es, den Reviersteiger und zwei Hauer tot zu bergen. Ein dritter Hauer wurde ohne sichtbare Verletzungen aufgefunden und ins Krankenhaus geschafft; er liegt aber zurzeit noch im tiefen Schlaf. Der vierte Hauer konnte noch nicht geborgen werden. Es muß leider damit gerechnet werden, daß er nicht mehr lebend zutage gefördert werden kann. Glücklicherweise ereignete sich der Zusammenbruch während des Schichtwechsels, so daß das Unglück auf ein geringes Maß beschränkt blieb. Sonst arbeiten nämlich an der gleichen Stelle 50 Bergleute.

Campbell in Deutschland

Bei dem nächsten großen internationalen Autorennen auf der Berliner Avusbahn am 22. Mai startet unter anderem der bisherige Weltrekordinhaber Campbell. Campbell wird seinen 12 Zylinder Sunbeam-Rennwagen von 16 Steuer-PS fahren. Die von Campbell bisher erreichte Höchstgeschwindigkeit beläuft sich auf 395,5 Stundenkilometer.

Strecker-Revision

Der zweite Strafsenat des Reichsgerichts gab dem Revisionsantrag des Berliner Schriftstellers Karl Strecker statt, der vom Schwurgericht Potsdam am 19. Oktober 1931 wegen Brandstiftung in Tateinheit mit Versicherungsbetrug zu einem Jahr Zuchthaus verurteilt worden war. Das Reichsgericht entschloß sich zur Zurückverweisung an die Vorinstanz, weil der siebenzigjährige Angeklagte Strecker gegen Schluß der Potsdamer Verhandlung völlig zusammenbrach und von dem ihm zustehenden Recht des letzten Wortes keinen Gebrauch machen konnte.

Vor dem Devaheim-Prozeß

Der Devaheim-Skandal soll vom 20. Mai an vor der Großen Strafkammer des Landgerichts I Berlin zur Aburteilung gelangen.

Bergung der Piccardschen Gondel

Die Gondel des Piccardschen Stratosphärenballons langte gestern früh auf der Gurgler Alm an. Von hier wurde sie auf einem Skischlitten nach dem Dorf Gurgl transportiert, wo sie um 14 Uhr ankam. Ein heftiger Schneesturm bereitete dem Transport große Schwierigkeiten. Vom Dorf Gurgl wurde die Gondel dann auf dem Schlitten nach Zwieselstein weiterbefördert, wo sie am Abend eintreffen wird. Heute wird die Gondel im Lastauto zunächst nach Innsbruck gebracht. Die gestrigen Bergungsarbeiten wurden auch gefilmt. Der schwierigste Teil der Bergung ist damit beendet.

Eisenbahnschießerei

Im Rangiergelände des Anhalter Bahnhofs in Berlin kam es zu einer Schießerei zwischen Ueberwachungsbeamten der Reichsbahn und Mitgliedern einer seit längerer Zeit beobachteten Diebesbande, die im Schutz der Dunkelheit Postsachen stehlen wollte. Ein fünfzigjähriger Ueberwachungsbeamter wurde getroffen und schwer verletzt. Die Bahnräuber entkamen.

Rätsel ums Baby

Der amerikanische Rekordflieger Lindbergh hat für die Zurückführung seines Babys zwar 50 000 Dollar hinterlegt, aber bis heute sein Kind noch nicht wieder zugeführt bekommen. Nachdem die unter Lindberghs Einfluß stehende Staatspolizei den Detektiven des Bundesjustizamts die Einsicht in den angeblichen „Lösegeldbriefwechsel" verweigert hat, stellt das Washingtoner Justizamt seine Bemühungen bei der Suche des Lindbergh-Kindes ein. Im übrigen sind Zweifel laut geworden, ob überhaupt eine Entführung in Frage kommt. Der Oeffentlichkeit bisher verheimlichte polizeiliche Feststellungen sollen ergeben haben, daß das gesuchte Baby durch Lindberghs Leichtsinn schon zweimal in Lebensgefahr gewesen sei.

Erdstöße und Vulkanausbrüche in Chile und Argentinien

In Chile und Argentinien wurden gestern Erdbebenstöße verspürt, denen Eruptionen des Riesenvulkans Tinguiririca und anderer kleinerer Vulkane in den Zentralanden folgten. Die bei den Ausbrüchen ausgeworfene Asche, die vom Wind fortgetragen wurde, verdunkelte weithin den Himmel und senkte sich wie ein dichter Mantel über zahlreiche Gegenden nieder, so den Schrecken vermehrend, der infolge der Erdstöße unter der Bevölkerung der Städte und Dörfer verbreitet worden war. Der Verkehr mußte unterbrochen werden und in einzelnen Ortschaften war die Dunkelheit so stark, daß es den Leuten zeitweise nicht möglich war, ihren beruflichen Obliegenheiten nachzugehen. Opfer der Naturkatastrophe sind bis jetzt nicht gemeldet worden. Die von ihr berührten Gegenden erstrecken sich über einen Landstrich von schätzungsweise 650 Kilometer Länge und 1000 Kilometer Breite.

Kapitän Klaßebusch auf der Löwenjagd

Von G. Th. Rotman. (Nachdruck verboten.)

55.

Langsam, aber sicher, stieg das Wasser, bis es ihm an den Hals reichte. Doch kein Unglück so groß, das nicht ein Glück im Gefolge hätte! Der Regen hatte die Löwen in die Flucht getrieben, und jetzt tauchte auch die Rettung auf. Unter der Aufsicht der zwei Reisen bemühten sich zwei Neger, das Schlachtopfer bei seinen Armeln herauszuziehen. Aber ach, so mager war der Mann, daß er aus seiner Jacke schlüpfte und mit dem Kopf auf dem Baumstamm hängen blieb.

56.

Mit großer Mühe gelang es schließlich, den Kapitän aufs Trockne zu bekommen. Da mittlerweile auch der Regen aufgehört hatte, kam es zuerst darauf an, sich vor der Rückkehr der Löwen aus dem Staube zu machen. Es wurde darum ein dicker Ast zwischen die Hosenträger des Kapitäns geschoben und so, schwingend und schwippend, wurde der halb ohnmächtige Löwenjäger schleunigst von der Stelle getragen.